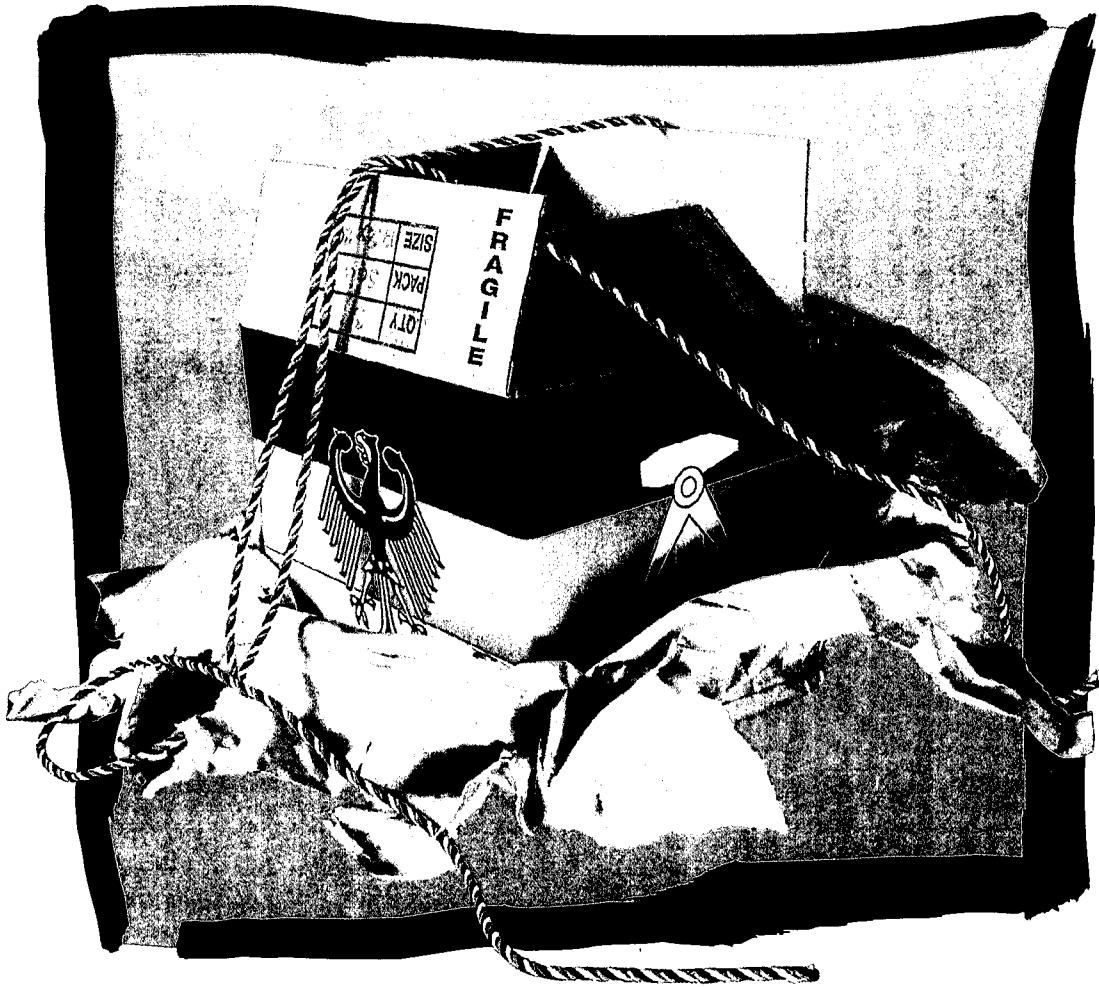


SPD-Bundestagsfraktion



Rück-Sicht auf Deutschland

C 94 - 01381

*Bahr, Faulenbach, Glaeßner, Kocka,
Limbach, Meckel, Meyer, Noack,
Hirse, Weber, Weisskirchen*

Herausgeber:
SPD-Bundestagsfraktion

Günter Verheugen, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Redaktion:
Ralf Bergmann
Christiane Leonhardt

Titelfoto:
bonn-sequenz

Fotos:
Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung (S. 21, 24, 45, 70)
bonn-sequenz (S. 40, 49, 56, 65, 75)
dpa/UPI (S. 13)
Landesbildstelle Berlin (S. 62)
Leonhardt-Kammann (S. 3)
Privatarchiv Bahr (S. 6, 27)

Gestaltung:
Petra Bauer
Cicero Werbeagentur Bonn

Druck:
Weender Druckerei GmbH, Göttingen

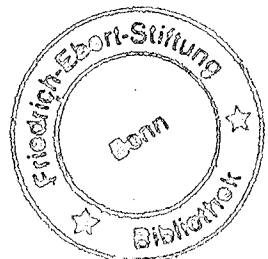
März 1993

*Diese Broschüre wurde auf 80g chlorfreiem Recycling-Offset-Papier,
zu 100% aus Altpapier hergestellt, gedruckt.*

Inhalt

Vorwort	2
Egon Bahr Vierzig Jahre Deutschlandpolitik – Stationen und Entwicklungen	3
Gert Weisskirchen Wandel durch Annäherung – Betrachtung eines politischen Prinzips	10
Bernd Faulenbach Zur Beurteilung der Bonner Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren	18
Thomas Meyer Das SPD/SED-Papier – „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“	24
* * *	
Axel Noack Fragen an eine „Kirche im Sozialismus“	30
Gert-Joachim Glaeßner SED und Blockparteien – Das System der Parteiherrschaft in der ehemaligen DDR	37
Hermann Weber Strukturen und Mechanismen kommunistischer Herrschaft	46
* * *	
Markus Meckel Aufarbeitung der DDR-Geschichte als Aufgabe des Bundestages	53
Jutta Limbach Gerechtigkeit im Rechtsstaat	62
* * *	
Jürgen Kocka Erinnerung als Ressource – Geschichte und Utopie im vereinigten Deutschland	67
Wolfgang Thierse Mut zur eigenen Geschichte	72

C 94 - 01381



Vorwort

Es ist eine erstaunliche Sache: Die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition – einst leidenschaftlich umstritten – ist spätestens seit 1982, als Helmut Kohl Helmut Schmidt als Bundeskanzler ablöste, akzeptiert und wird in neuerer Zeit von den früheren Kontrahenten sogar gelobt.

Die zweite Phase der Ostpolitik, die der SPD in der Opposition, bleibt dagegen im Streit: in- und außerhalb der SPD. An diesem Streit beteiligen sich neben Historikern und Publizisten vor allem auch Reste der im übrigen fast stumm gewordenen Bürgerbewegung der ehemaligen DDR. Daß es bei diesem Streit nicht immer nur um die historische Wahrheit, sondern auch um parteipolitische Schuldzuweisung geht, soll nicht verschwiegen werden.

Das Interesse der breiteren Öffentlichkeit bleibt indes gering. Das ist sogar verständlich angesichts der ungeheuren drängenden und bedrängenden Probleme, die die Mehrzahl der Ost- wie Westdeutschen in Sorge um die Zukunft beschäftigen. Dennoch gehört es dazu, wenn die innere Einheit erreicht werden soll, daß man sich kritisch, also auch selbstkritisch mit dem allerjüngsten Abschnitt der deutschen Geschichte – der Feindschaft, der Kooperation, der Verantwortungsgemeinschaft – zwischen den beiden deutschen Staaten auseinandersetzt. Das gilt auch für die SPD.

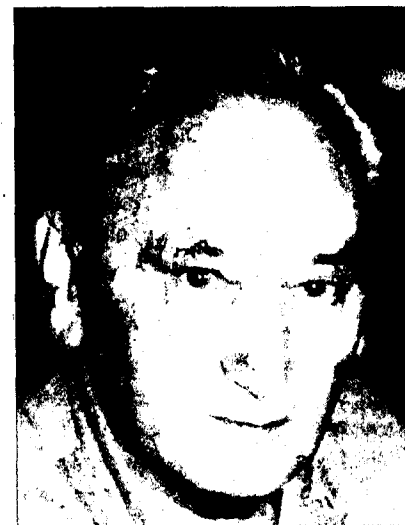
Ihre Politik in dieser Zeit war gewiß nicht frei von Irrtümern, aber immer getragen von dem Wunsch, die bedrückenden Teilungsfolgen zu mildern und den Frieden in Deutschland und in Europa sicherer zu machen. Ob diese Politik angemessen und erfolgreich war, ob die Ziele – „Wandel durch Annäherung“ – erreicht worden sind, darüber geht der Streit.

Ihn auszutragen ist ein Beitrag zur Versöhnung mit unserer Geschichte in Ost und West.

Bonn, im April 1993

Hans-Ulrich Klose

Vierzig Jahre Deutschlandpolitik – Stationen und Entwicklungen



Professor Egon Bahr
*Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg*

Deutschlandpolitik war die Geschichte, wie Deutschland wieder Politik machen könnte. Man kann also Deutschlandpolitik datieren vom Mai 1945, als alle Rechte und Kompetenzen des Reiches mit der bedingungslosen Kapitulation auf die Sieger übergingen, bis zum März 1991, als Deutschland diese Rechte und Kompetenzen mit der Ratifizierung des Friedensvertrages wieder zurückerhielt, der aus mehreren Gründen das „Zwei-plus-vier-Abkommen“ genannt wurde.

SPD: Einheit hat Priorität

Zur Deutschlandpolitik gehörte sicher die Entscheidung der Sozialdemokraten, die Zwangsverschmelzung mit den Kommunisten abzulehnen, so daß sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nur dort formieren konnte, wo es die Bajonette der sowjetischen Armee gab: die Sowjetische Besatzungszone und Ostberlin. Beide Aspekte sind richtig: Ohne diese Entscheidung wäre die deutsche Geschichte anders verlaufen; gleichzeitig war sie ein deutscher Beitrag zur deutschen Teilung, der bei Christlich-Demokratischer Union und Freier Demokratischer Partei/Liberal-Demokratischer Partei unterschiedlich, aber mit gleichem Ergebnis verlief.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß der Selbstbehauptungswille der Berliner, inspiriert durch Ernst Reuter, der entscheidende Faktor war, um die sowjetische Blockade zum Scheitern zu bringen; denn ohne diesen Selbstbehauptungswillen wäre die Luftbrücke wirkungslos geblieben. Berlin ließ so aus Gegnern Freunde und Verbündete werden und legte so den Grundstein des Vertrauens, auf dem dann 1949 die Bundesrepublik aufgebaut werden konnte.

Hier zeigte sich ein Unterschied zwischen Schumacher und Adenauer in der Methodik deutscher Politik gegenüber den Siegern, der Jahrzehnte wirksam blieb. Schumacher – wie später Brandt – gehörte zu der Minderheit der Deutschen, die sich 1945 befreit gefühlt und daraus ein unbefangenes Selbstbewußtsein und das Gefühl der Gleichberechtigung empfanden, das ihnen innerhalb und außerhalb des Landes den Vorwurf des Nationalismus eintrug, obwohl beide Internationa-

listen waren. Schumacher setzte sich nur einmal gegen Adenauer durch, als er das deutsche Gewicht, in diesem Falle die unentbehrliche Zustimmung der SPD zum Grundgesetz, gegen die drei Militärgouverneure voll zur Wirkung brachte: Ohne ihn hätte es die Finanzhoheit des Bundes nicht gegeben, ohne die der Aufbau deutscher Streitkräfte nicht möglich gewesen wäre. Ohne ihn wäre die Bundesrepublik eben auch nicht das geworden, was sie wurde.

Es hatte geschichtliche Logik, daß Adenauer als Repräsentant der besiegten deutschen Mehrheit den Spielraum seiner Politik nur schrittweise erweiterte, soweit er es jeweils für durchsetzungsfähig hielt, um persönliches Vertrauenskapital der drei Westmächte zu vermehren, während die Opposition jeweils auf die Mängel verwies.

Hinzu kam, daß Adenauers klare Entscheidung auch seiner inneren Überzeugung und Neigung entsprach: Sicherung des freien größeren Teils und unauf löbliche Einbindung der Bundesrepublik in den Westen hatten die Priorität vor dem Versuch der Wiedervereinigung. Der erste deutsche Kanzler setzte sich damit durch, als es um die Bildung der Gemeinschaft von Kohle und Stahl ging, aus der später die Europäische Gemeinschaft wurde; er scheiterte mit der Europäisierung der Saar, die als „kleine Wiedervereinigung“ zu Deutschland zurückkehrte; er verfehlte das Ziel einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, bitter genug für ihn, durch das Nein des französischen Parlaments, um dann doch mit der Aufstellung der Bundeswehr und ihrer vollen Integration in den Nordatlantiktakt, die NATO, Erfolg zu haben.

Die SPD dagegen hielt es für möglich und nötig, den Versuch zur Wiedervereinigung zu unternehmen, bevor diese Chance mit der vollen Westintegration für unabsehbare Zeit verloren würde. Sie setzte sich dafür ein, die Stalin-Note vom März 1952 mit dem Angebot zur deutschen Einheit durch freie Wahlen mindestens zu sondieren – was Adenauer noch vor den Westmächten ablehnte; sie kämpfte leidenschaftlich gegen die Aufstellung zweier deutscher Armeen, die beide deutschen Teile zu Satelliten machen und die Deutschen der Möglichkeit berauben würde, über jeden vorstellbaren Zeithorizont hinaus aus eigener Kraft ihre Einheit erreichen zu können.

Anerkennung ungeliebter Realitäten

Der Aufstand am 17. Juni 1953 hätte die deutsche Einheit gebracht, wenn er nicht durch den Einsatz sowjetischer Panzer niedergeschlagen worden wäre. 1989 sind sie bekanntlich nicht mehr eingesetzt worden. Es gehört zu der Tragik jenes Aufstandes, daß er Überle-

gungen sowohl auf seiten der Sowjetunion wie in der SED scheitern ließ, mit dem Versuch zur Einheit den Kommunismus von dem Ruch des Separatismus in Deutschland zu befreien; Ulbricht, der die Deutsche Demokratische Republik in seinem Lager ebenso festigen und erhalten wollte wie Adenauer umgekehrt seine Bundesrepublik, wurde gestärkt und blieb der Garant für die westlichste Position des sowjetischen Imperiums, geschichtlich nicht zufällig, bis Moskau 1970 seine Interessen änderte, zum Partner der neuen Ostpolitik wurde und Honecker mit an die Spitze in Ostberlin brachte.

Als die SPD ihren Deutschlandplan 1959 veröffentlichte, war dies ein Dokument ihrer Ehrlichkeit, zum letztmöglichen Zeitpunkt noch einmal zu versuchen, deutsches Gewicht im Interesse der Einheit auf die Waage zu bringen, aber geschichtlich war dies zu spät. Und sie selbst, nach ihrer größten Wahlniederlage 1957, auch zu schwach. Es war nur folgerichtig, daß der Fraktionsvorsitzende, Herbert Wehner, einen Schlußstrich unter die bisherige Deutschlandpolitik der SPD zog und die Partei im Juni 1960 auf den Boden der von Adenauer geschaffenen Realitäten stellte: Westintegration und Wiederbewaffnung, die statt der von einigen in Aussicht gestellten Automatik einen langen Weg zur Einheit bedeuten würde. Es ging gar nicht anders, als mit den Realitäten umzugehen, auch wenn sie einem nicht gefielen.

Konsequenz: die „kleinen Schritte“

Ein Jahr später begann die neue Deutschlandpolitik der SPD. Die geschichtliche Logik war den damals Handelnden nicht bewußt. Nach dem Bau der Mauer 1961 stellte sich nämlich heraus, daß weder die drei Westmächte noch natürlich die Sowjetunion, aber eben auch nicht die Bundesregierung, imstande waren, die Mauer durchlässig zu machen und Menschen die Besuche ihrer Verwandten zu ermöglichen. Die Westberliner mußten sich selbst helfen und konnten dies nur durch Verhandlungen und ein Abkommen mit „der anderen Seite“, der Regierung der DDR, die so noch gar nicht genannt werden durfte. „Über Amts-, Orts- und Behördenbezeichnungen konnte keine Verständigung erzielt werden“, lautete die Verständigung, die verrenkte salvatorische Klausel für das Passierscheinabkommen.

Das war eine im Prinzip neue Politik. Sie war besonders schwierig in Berlin, das besetztes Gebiet unter einem revidierten Besatzungsstatut geblieben war, während die übrige Bundesrepublik, wie man es mit dem Berliner Sinn für überheblichen Humor ausdrückte, seit 1955 die Selbstbestimmung mit Ausnah-

me der ganz Deutschland und Berlin betreffenden Fragen erhalten hatte.

Vom schwächsten Punkt – Heinrich Albertz nannte es den Rest des Reiches, über den die Sieger noch nicht verfügt hatten – ging der Versuch aus, was die Deutschen auf beiden Seiten trotz unterschiedlicher Interessen selbst regeln könnten. Das waren die Passierscheine, damals der erste Akt, der uns nach vielen Niederlagen wieder einen Schritt von West nach Ost tun ließ, heute im Rückblick sehr bescheiden.

„Wandel durch Annäherung“ war das verallgemeinernde Konzept auf Deutschland übertragen, was der amerikanische Präsident Kennedy parallel auf die dialektische Formel der Anerkennung des Status quo brachte, um ihn verändern zu können. Es wäre falsch, den Eindruck zu erwecken, als hätte die SPD diesem neuen Konzept begeistert zugestimmt. Ohne die schützende Hand Willy Brandts wäre ich sicher wieder Journalist geworden. Aber schon damals begann die Diskussion, ob mit einer solchen Politik das Regime in Ostberlin nicht legitimiert und stabilisiert, also die Teilung vertieft werden würde. Unser Gegenargument, daß es einen anderen Weg nicht gäbe, wollte man nicht resignieren, auf Wunder hoffen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Deutschen weiter schwächen, war nicht stark; vor allem konnte eben nicht bewiesen werden, ob unsere Erwartung sich bestätigen würde, daß mit Erleichterungen für die Menschen auch Lockerungen innerhalb des Systems eintreten würden. Wir waren um so sicherer in dieser Erwartung, als diese Politik „Aggression auf Filzlatzchen“ vom ersten Außenminister der DDR genannt wurde, was wir natürlich öffentlich nicht bestätigen durften.

Es ging gar nicht anders: Diese Politik mußte gemacht werden und nicht theoretisch über viele Resolutionen auf vielen Parteitag diskutiert werden. Das erwies sich später übrigens als ihre Stärke: Die neuen Tatsachen überzeugten und begeisterten die SPD. Die Schwäche zeigte sich später: Als Gegenwind kam, erwies sich die Partei als unsicher und schwach, weil sie sich eben den inneren Gehalt nicht in längeren Diskussionen voll zu eigen gemacht hatte.

Die erste Phase der Ostpolitik

Deutschlandpolitik wurde Ostpolitik. Sie wurde selbstbewußt gemacht, als ob wir schon uneingeschränkt handlungsfähig gewesen wären, aber sehr wohl unter voller Berücksichtigung der originären Siegerrechte. Der Kanzler Brandt profitierte im Westen vom Vertrauen, das sich der Regierende Bürgermeister in Berlin erworben hatte, insofern nicht anders als später Kohl, der sich bei seinem Alleingang mit Gor-

batschow auf seine bewiesene Zuverlässigkeit als Verbündeter stützen konnte.

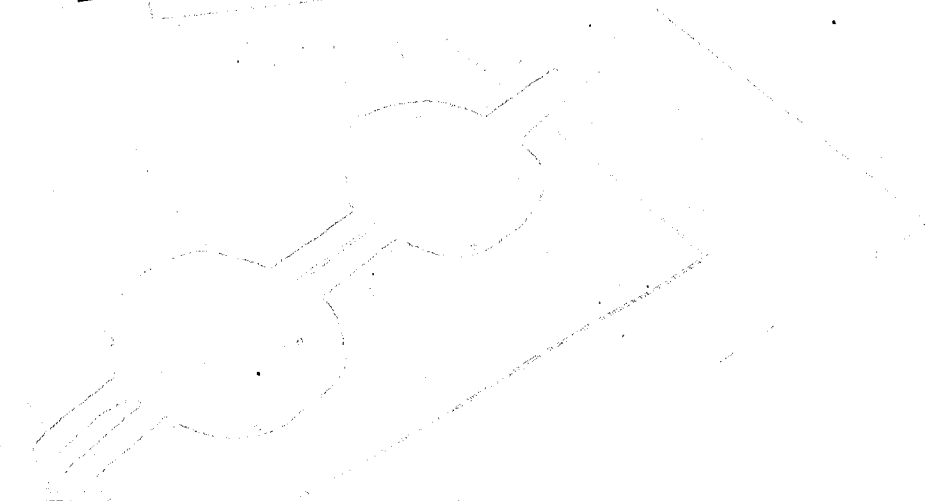
Zwei Wochen bevor Brandt seine erste Regierungserklärung abgab, wurde Washington über die Absichten der neuen Regierung informiert, nicht konsultiert, was bei Kissinger Erstaunen, sogar Mißtrauen hervorrief. Die Drei Mächte wurden während der Moskauer Verhandlungen minutiös informiert, konsultiert erst, als im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Beitritt beider deutscher Staaten zu den Vereinten Nationen theoretisch ihre Rechte berührt waren. Der französische Botschafter in Moskau bemerkte damals, daß allein durch die Tatsache der ausführlichen bilateralen Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau eine Gewichtsveränderung in Europa stattgefunden habe. Mit dem Nachweis einer selbständigen, westlich loyalen aber sehr genau kalkulierten Politik ohne Überheblichkeit wurde die Bundesrepublik für Moskau interessant und verließ im Westen das Bild vom politischen Zwerg, der nur wirtschaftlich ein Riese sei.

Das Viermächte-Abkommen markierte einen Punkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte, an dem Bonn zum erstenmal eine führende Rolle in der Stille einnahm, indem es die Ziele dieses Abkommens beiden Seiten definierte und in verdeckten Verhandlungen Struktur und Text mit den beiden persönlichen Beauftragten des amerikanischen Präsidenten und des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) erarbeitete.

Es ging noch weiter. Das Transitabkommen, der eigentliche Kern des unbehinderten zivilen Verkehrs von und nach Westberlin, den die Drei Mächte bei der Beendigung der Blockade ungeregelt belassen hatten, setzte die selbständige Mitwirkung der beiden deutschen Regierungen voraus. Zum erstenmal konnten die Vier Mächte nicht ohne die Mitwirkung der beiden deutschen Staaten eine wichtige Frage in Deutschland regeln. Das Grundmodell „Zwei-und-vier“ war geboren.

Adenauer hatte 1955 erreicht, daß die Drei Mächte sich nicht mehr auf die Feindstaatenklauseln in der Charta der Vereinten Nationen berufen würden. Brandt hatte 1971 das gleiche von der Sowjetunion und in einem Schritt bei den Vereinten Nationen erreicht, daß die Vier Mächte das akzeptierten, solange die Charta nicht verändert wird. Und das hält bis heute.

Auf diesem Wege hatte sich fast unbemerkt die Situation ergeben, daß die beiden deutschen Staaten als „Mitspieler“ neben die Vier Mächte traten, die bis dahin allein über Deutschland entschieden hatten und die nun feststellen mußten, daß in dem Augenblick, in dem es um Europa insgesamt ging, also um mehr als die



Vervollkommnung der beiden Lager, die Deutschen gleichberechtigte Mitspieler geworden waren.

Im Grundlagenvertrag regelten Bonn und Ostberlin ihre Beziehungen in einer Struktur, die nicht mehr änderungsfähig war, solange die Teilung dauerte. Darin konnten sie sich schon zu Konsultationen auf dem großen Gebiet der europäischen Sicherheit verständigen, auf dem sie insbesondere in der Nachrüstungsdebatte gemeinsame Interessen entdecken sollten, die nicht mehr mit den Interessen ihrer Führungsmächte in jedem Punkte übereinstimmten.

Der „Brief zur deutschen Einheit“ war innenpolitisch wichtiger als außenpolitisch; denn im Ausland nahm man sehr wohl wahr, daß es ein nationales Gefühl der Deutschen geben könnte. Es war ein wichtiger Erfolg, daß die DDR im Grundlagenvertrag bestätigte, daß es „die Frage der Nation“ gab, auch wenn man sich, natürlich, nicht darüber verständigen konnte.

Die Sorge der damaligen CDU/CSU-Opposition, die sozialliberale Regierung habe die Teilung vertieft, hat, ohne das zu wollen, manche Sorge in Ost und West beruhigt. Dazu mag beigetragen haben, daß sich zu meiner Enttäuschung kein Andrang der Massen ergab, als wir den grenznahen Verkehr einführtren und die Zahl der Übergangsstellen verdoppelten. So doll drängten die Westdeutschen nicht, als daß weitere Übergänge, zu denen die DDR bereit war, unausweichlich geworden wären. Es war schon erschreckend, wie weit sich die Teilung „eingelebt“ hatte.

In Oreanda auf der Krim sprachen Brandt und Brezhnev im Herbst 1971, obwohl die Verträge noch nicht unter Dach und Fach, sondern heftig umstritten waren, schon über die notwendige nächste Phase, nämlich der politischen Entspannung die militärische folgen zu lassen. Reduktion der Streitkräfte ohne Gefährdung der Sicherheit der beteiligten Seiten war die For-

mel, aus der später die langjährigen Verhandlungen in Wien über beiderseitig ausgewogene Streitkräftereduktionen (MBFR) wurden. Brandt drängte den zuerst sehr unwilligen Westen zu der ursprünglich von den Sowjets vorgeschlagenen gesamteuropäischen Konferenz in der festen Überzeugung, daß der Westen dem Osten nicht das Friedensthema überlassen dürfe und im Vertrauen auf die Stärke der eigenen Position und Argumente, die Zusammenarbeit nicht nur nicht fürchten, sondern geradezu suchen müsse.

Der Gewaltverzicht für die Veränderung bestehender Grenzen, wie er in den bilateralen deutschen Verträgen stand, wurde zu einem europäischen Pfeiler, wortgleich in der Schlußakte von Helsinki übernommen und im Grunde, ergänzt um Minderheiten- und Menschenrechte, anwendungs- oder durchsetzungsbedürftig, um Krieg zwischen den Staaten in Europa auch nach dem Ende der europäischen Teilung zu verhindern.

Es hat sich als Irrtum herausgestellt, daß erst ein europäisches Sicherheitssystem etabliert sein müsse, ehe für die deutschen Nachbarn die deutsche Einheit ohne Sorge erträglich werden könnte. Die Geschichte ist den umgekehrten Weg gegangen; der Osten hat die Einheit zugelassen, bevor europäische Sicherheit organisiert war. Sie zu schaffen, ist Aufgabe geblieben. Sie zu lösen, sollte heute theoretisch viel einfacher sein mit einem vereinten Deutschland, ohne die Klammer des Warschauer Vertrages und ohne die Supermacht Sowjetunion. Aber man sieht, daß nach einem Epochenwechsel, der auch eine schreckliche, wenngleich stabile „balance of power“ zerstört hat, die Unsicherheiten über den neuen Weg, mit vielen nationalen Interessen vieler neuer Staaten unter so veränderten Umständen groß sind.

„Ich weiß nicht, ob es die deutsche Einheit je geben wird, falls doch, so haben Sie jetzt den ersten Schritt getan“, sagte ein sowjetischer Gesprächspartner 1970 in Moskau. „Ohne Ihre Deutschland- und Entspannungspolitik wäre Gorbatschow nicht erster Mann der Sowjetunion geworden“, meinte der frühere sowjetische Botschafter in Bonn, Valentin Falin. Aber bevor die Deutschlandpolitik an ihr Ziel kommen konnte, muß ein Blick auf die zweite Phase der Entspannungspolitik geworfen werden, die die SPD entwickelte, nachdem sie 1982 in die Opposition gedrängt wurde.

Die zweite Phase der Ostpolitik

Hat die SPD mit ihrer Entspannungspolitik die DDR stabilisiert? War „Wandel durch Annäherung“ so stark auf das Zusammenwirken auf Regierungsebene abgestellt, daß darüber Bürgerrechtsbewegungen und Dis-

sidenten unterschätzt und vernachlässigt wurden? Diese und damit zusammenhängende Fragen sind Gegenstand kritischer Diskussion, bezeichnenderweise fast nur in Deutschland. Dabei hat diese nicht abgeschlossene Diskussion bereits ein Ergebnis erbracht, das der Öffentlichkeit, erstaunlicherweise sogar der SPD, kaum bewußt geworden ist: Offenbar wird anerkannt, daß die Sozialdemokratie für diesen Abschnitt europäischer und deutscher Geschichte der entscheidende Faktor gewesen ist. Ihre Politik hat Entwicklungen ausgelöst und Veränderungen bewirkt.

So weit, so gut – obwohl es durchaus selten ist, daß eine Partei in der Opposition Ansätze entwickelt, trotz zum Teil verleumderischer Angriffe sie durchhält und in der Regierungsverantwortung dann mit beachtlicher Konsequenz erfolgreich durchführt. Auch in den Bürgerrechtsbewegungen, seien sie deutsch, polnisch, tschechisch, russisch, baltisch oder ungarisch, wird diese „erste Phase der Entspannungspolitik“ gelobt, faktisch ohne Einschränkung. Selbst im Lichte des Ergebnisses – deutsche Einheit und Ende der kommunistischen Regime – hat diese Beurteilung Bestand und erkennt damit an, daß diese Politik eine derartige Zeitenwende zwar beabsichtigte, aber nie plakativ auf ihre Fahnen schreiben konnte, zum Teil, weil sie sich nicht dem Vorwurf utopischer Spinnerei aussetzen wollte, zum Teil, weil sie den Regierungen in Osteuropa, ihren unentbehrlichen Partnern, nicht die Zustimmung zu ihrer Abschaffung abverlangen durfte.

Aber der traditionell unterentwickelte Stolz der SPD auf ihre Leistungen ist noch unverständlicher, weil so diskutiert wird, als ob die SPD der entscheidende Faktor geblieben wäre, auch als sie nach dem Verlust der Regierungsverantwortung Ende 1982 wieder Opposition wurde. Kaum erwähnt wird noch, daß die Unions-Parteien zusammen mit Albanien Helsinki 1975 abgelehnt hatten, aber sich danach darauf beriefen, fast wie auf die Bibel.

Daß Kohl als Kanzler Kontinuität versprach und hielt, erscheint nicht so wichtig wie die Frage nach der Haltung der SPD ab 1983. Nicht die neuen ungebundenen Finanzkredite werden kritisch beleuchtet, sondern die „zweite Phase der Entspannungspolitik der SPD“, als sei sie entscheidend für die nächsten acht Jahre gewesen, als hätte die SPD trotz des Machtverlustes im wesentlichen in der Opposition den Gang der Ereignisse bestimmt, als würde man ihr die Macht zumesen, die DDR ein Jahr, einen Monat früher zusammenbrechen zu lassen. Am Anfang einer kritischen Diskussion über Fehler, Versäumnisse oder Schuld sollte die Freude stehen, daß weniger die Bundesregierung oder die Union, sondern die SPD für entscheidend gehalten wird.

Eine solche Auffassung ist falsch und richtig; falsch, weil die SPD immer wußte, daß sie sich nicht an die Stelle der Regierung setzen, also staatenverbindliche Verträge abschließen konnte, richtig, weil ihr immer bewußt war, daß ihre Haltung auf dem Hintergrund der Vereinigung von SPD und KPD, die weitgehend Zwangsverschmelzung war, ungleich tiefere Wirkungen hatte als alles, was der „Klassenfeind CDU“ äußerte. Genau diese beiden Faktoren der verlorenen und der verbleibenden Verantwortung standen für das Konzept Pate, das als zweite Phase der SPD-Entspannungspolitik bezeichnet wurde.

Wir haben uns gefragt: Was kann man tun, auch und gerade in der Opposition, um das Konzept der Entspannungspolitik fortzusetzen, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um sie auf der gewünschten Linie festzuhalten, Druck auf die DDR auszuüben, um sie von der Versuchung abzuhalten, in die Konfrontation zurückzufallen, was um so näher lag, als Nachrüstung und Reagan dazu einluden, den Kalten Krieg wiederzubeleben? Hier traf sich sozialdemokratisches Interesse mit dem der neuen Bundesregierung, Erfolge der bisherigen Entspannung zu erhalten und die Sowjets zu überzeugen, daß dies auch in ihrem Interesse war, obwohl ihr Verhältnis zu den USA sich wieder stärker konfrontativ entwickelte. „Neben-Außenpolitik“ war als Vorwurf gemeint, traf aber einen ernstgemeinten und erstaunlich erfolgreichen Versuch, sogar in der Opposition noch operativ politisch wirken zu können. Außerdem gab es keinen Grund, die eigene erfolgreiche Politik zu ändern, nur weil die neue Regierung sie übernahm.

Arbeitsgruppen auf der Parteiebene mit der KPdSU und der SED wurden das Instrument unter dem Gesichtspunkt der Nicht-Diskriminierung, gefolgt von solchen mit der polnischen, tschechischen, ungarischen und bulgarischen Partei. Das lag um so näher, als in diesen Regimen schließlich die Partei und nicht die Regierung ausschlaggebend war. Wer mit der Partei ein Ergebnis erzielte, konnte sicher sein, daß die Regierung es durchführen würde. Ohne die eigene Regierung binden zu können, würde sie in die gewünschte Richtung gedrängt werden. Es hat funktioniert.

Wie das im einzelnen geschah, aber noch sehr viel mehr, untersucht Klaus Moseleit („Die zweite Phase der Entspannungspolitik der SPD 1983-1989“, Frankfurt 1991). Seine Analyse der Entstehungsgeschichte, Entwicklung und der konzeptionellen Ansätze mit einem ebenso zurückhaltenden wie provozierenden Vorwort von Willy Brandt ist interessant geschrieben, kritisch, kenntnisreich, zitatenebelegt, mit einer Chronik und einem ausführlichen Literaturverzeichnis versehen. Ich habe manches schon Vergessene wiederent-

deckt, anderes, damals wenig Beachtete zur Kenntnis genommen und Querverbindungen gezeigt bekommen, die ich in jenen Jahren nicht gesehen habe. Der Autor war als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Bundestagsabgeordneten in seiner beruflichen Praxis mit den Fragen und Problemen vertraut; das Vergrößerungsglas, mit dem er „die Innereien“ betrachtet, muß allen willkommen sein, die sich mit dieser aufregenden Phase aufregender sozialdemokratischer Politik beschäftigen, aus welchem Blickwinkel auch immer.

Zwei Komplexe sind zu beleuchten, die sich zwischen 1988 und 1990 ergeben haben, als die SPD zum Teil von Kleinmut eingeholt und von Erfolg, den sie sich nicht bewußt machte, überholt wurde.

Die Schwierigkeiten der SPD vor der Einheit

Der erste Komplex betrifft die Dialektik des Ansatzes, den Status quo anzuerkennen, um ihn zu verändern. Das galt nicht nur für die DDR, sondern für den Ost-West-Konflikt überhaupt und da ganz besonders für seine reale Machtbasis, die militärischen Apparate, sprich Bündnisse.

Sicherheitspartnerschaft sollte die Streitkräfte qualitativ auf eine so niedrige Stufe bringen, daß bisherige Strategien abgelöst und die Bündnisse überhaupt überflüssig werden könnten. Das war eine Linie, die von „Rechten“ wie von „Linken“ in der SPD akzeptiert war, auch wenn letztere das erhofften, erstere zustimmten, weil sie es nicht erwarteten. Als der Zusammenbruch des östlichen Sicherheitssystems eintrat, waren alle überrascht. Bis heute ist kaum bewußt geworden, daß der politische Zusammenbruch im Osten die europäischen Sicherheitsprobleme ungelöst hinterlassen hat und der alte sozialdemokratische Ansatz der Sicherheitspartnerschaft, früher verketzert, nun international zu der Hoffnung geworden ist, die sich in der Charta von Paris, der Institutionalisierung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und in dem Konzept „Von Vancouver bis Wladiwostok“ ausdrückt. Wenn der Kooperationsrat der NATO sich weiterentwickelt, wird auch das westliche Bündnis seinen Charakter, vielleicht auch seinen Namen verändern. Es lohnt nicht mehr, über eine NATO zu streiten, an deren Tisch die früheren Gegner versammelt sind. Das ist Sicherheitspartnerschaft, auch wenn die SPD es nicht merkt.

Der andere Komplex betrifft eine seltsame Gemengelage. Vergrößert kann man sagen: Die jüngere Generation in der SPD war „linker“, die ältere „rechter“. Als die Einheit vor der Tür stand, brach die Dialektik auf,

ob die Entspannungspolitik die Einheit ermöglichen oder überflüssig machen sollte. Die bisherigen Kräftefelder lösten sich auf, als die Älteren sich am Ziel ihrer Wünsche, nämlich der deutschen Einheit, sahen, während Jüngere sich fast als Patrioten der alten Bundesrepublik empfanden. Der emotionale Generationenunterschied gegenüber der nationalen Frage in Westdeutschland wurde in der SPD besonders deutlich.

Er lähmte die Partei um so mehr, als jüngere Linke ihre Kritik an mangelnder Nähe zu den Bürgerrechtsbewegungen mit der Hoffnung in den Bürgerrechtsbewegungen auf Erhalt einer reformierten DDR verbanden: Gert Weisskirchen nahm beispielsweise einen Monat vor dem Fall der Mauer („ppp“ am 20. 10. 89) an, daß „der demokratische Sozialismus in der DDR eine wirkliche Chance hat, verwirklicht zu werden“.

Die Ereignisse überstürzten sich. Die Frage, ob die oppositionelle SPD durch eine Politik der konspirativen Zusammenarbeit mit der Opposition in der DDR oder des öffentlichen Aufrufs zum Umsturz das Ende der DDR auch nur eine Woche oder einen Monat früher hätte herbeiführen können, ohne ein Blutbad zu riskieren, das nahe genug lag, ist im Rückblick lächerlich. Es ist schon gut, daß nicht erprobt wurde, ob die SPD ein so entscheidender Faktor war.

Auch die zweite Phase der Entspannungspolitik der SPD hat ihren Beitrag geleistet, die Einheit zu ermöglichen. Die Ostpolitik, die mit dem Bau der Mauer begann und mit ihrem Fall endete, hat ihren Platz in der europäischen Geschichte. Ihre Kontinuität hätte von einer SPD in der Regierungsverantwortung kaum eine andere Politik zugelassen als sie die Regierung Kohl führte, die bis zum letzten Tag die Hand am Puls der DDR-Regierung hielt und halten mußte.

Deutschlandpolitik hat ihr Ziel erreicht: Deutschland kann wieder Politik machen. Die Unsicherheit, mit der nach einem Konzept für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Ende der europäischen Teilung gefragt wird, ist ein Relikt der Teilung. Die besiegten Deutschen (West) waren sehr gern bereit, zweifelhafte Souveränitätsrechte wegzugeben, um im Hafen Europa geborgen östliche Stürme abzuwehren, ganz froh über die Risikoteilung mit anderen, genannt NATO. Sofern wir im wesentlichen Ja sagten, lag die Verantwortung bei anderen; als Miträger konnten wir keine irreparablen Fehler machen. Die unbezweifelbare potentielle Bedrohung aus dem Osten war ein bequemes, aber eben auch gutes Argument, Ja zu sagen; es hat kein deutsches Nein in den vierzig Jahren der alten Bundesrepublik gegeben, vergleichbar den Haltungen, mit denen Frankreich und Großbritannien eigene Interessen durchgesetzt haben; von den Zahlungen für

die NATO bis zur Nachrüstung haben die Niederlande und Norwegen selbstbewußter als die Deutschen gehandelt.

Eigenständige deutsche Aktionen von europäischer Bedeutung lassen sich auf drei Punkte begrenzen: die Ostpolitik durch Brandt, den Ecu durch Schmidt und völkerrechtliche Einheit durch Kohl, jeweils im Zusammenwirken mit Breschnew, Giscard d'Estaing und Gorbatschow. Zweimal wurden nationale Interessen mit gesamteuropäischen verbunden, einmal mit der Vervollkommnung der Westeuropäischen Gemeinschaft.

Die neue Rolle Deutschlands

Die neue Lage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts bedeutet, daß die westlichen Organe, in denen Deutschland verankert ist, mit Ausnahme der EG, die Eigenleben gewonnen hat, nur noch der Notbremse ähneln, die normalerweise nicht benutzt wird. Weder NATO noch Westeuropäische Union (WEU) geben Auskunft, was zu tun ist gegenüber neuen Chancen und Risiken, die sich aus gesamteuropäischen Aspekten ergeben; sie sind dafür ja auch nicht konstruiert worden.

Deutschland hat keine territorialen Ansprüche. Seine Grenzen sind seine Grenzen. Sein Interesse liegt in der europäischen Stabilität, die nur gesamteuropäisch zu organisieren ist. Gewicht und geographische Lage haben ihm die Verantwortung zuwachsen lassen, daß es, einer Sperrminorität gleich, durch ein Nein alles verhindern kann, was deutschen und gesamteuropäischen Interessen entspricht. Um Positives bewirken zu können, müssen wir andere gewinnen. Der neuen Verantwortung können wir nicht entfliehen; neue Schuld kann aus Tun wie aus Unterlassen erwachsen.

Das innere Gleichgewicht eines Stolzes ohne Überheblichkeit ist noch zu gewinnen, damit nach vierzig Jahren Deutschlandpolitik eine deutsche Politik entwickelt wird, die ihre Aufgabe in der erstmaligen Chance der Geschichte findet.

Wandel durch Annäherung – Betrachtung eines politischen Prinzips



Gert Weisskirchen
*Mitglied des Bundestages
Mitglied der Enquête-Kommission
„Aufarbeitung von Geschichte
und Folgen der SED-Diktatur
in Deutschland“*

Am Anfang: die Blocklogik

Als Egon Bahr in seiner berühmten Tutzing-Rede im Juli 1963 vom „Wandel durch Annäherung“ sprach, war ein deutschlandpolitisches Konzept gescheitert – das der Christlich-Demokratischen Union. Die Berliner Mauer war die zu Stein gewordene Antwort der Ordnung von Jalta auf die deutsche Frage. Eine Illusion war an ihr Ende gekommen.

Hatte die Union noch bis zum 13. August 1961 rhetorisch versprochen, die deutsche Einheit könne als Produkt der „Politik der Stärke“ wiedererlangt werden, so zeigten die blutigen Ereignisse der Jahre 1953 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und 1956 in Ungarn, daß der Westen sich an die Verabredungen mit Stalin halten wollte. Der verbrecherische Krieg Hitlers hatte Deutschland gespalten. Die Siegermächte suchten nach einer Ordnung, die das Unruhepotential in der europäischen Mitte endlich stilllegen sollte. Die Kräftekonstellation der späten vierziger Jahre unseres Jahrhunderts drängte im darauffolgenden Jahrzehnt, wenn auch zunächst zögerlich und mit Schmerzen, schließlich jedoch in klammheimlichem Einverständnis, auf die Teilung der Einflußsphären zwischen Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Die Konfrontation der beiden Supermächte war zum neuen Paradigma geworden. Die Zeit der Eindeutigkeit war angebrochen.

Die Zeit der Eindeutigkeit ist vorbei. Vierzig Jahre hatte der unversöhnliche Gegensatz zwischen Ost und West die beiden Hälften unseres Kontinents gefesselt: militärisch, ideologisch und gesellschaftlich. Tiefgreifende Deformationen waren die Folge. Der europäische Westen wollte auf die Freiheit nicht verzichten. Sein Preis war der ungehemmte Rüstungswettlauf. Die Nomenklatura des Ostens wollte nicht auf ihre diktatorisch angeeignete Macht verzichten; Militarismus im Innern und nach außen war der Preis.

Je länger die Konfrontation der Blöcke andauerte, desto sichtbarer wurde ihre artifizielle Konstruktion: Sie raubte den Menschen, zumal im europäischen Osten, ihr selbstbestimmtes Leben. Und sie verschlang, auch im Westen, Ressourcen finanzieller Fähigkeiten,

individueller Kreativität, gesellschaftlicher Möglichkeiten, die in die Logik der beiderseitigen Abschreckung fehlinvestiert wurden.

Wenn auch ab der Mitte der sechziger Jahre, nach den Wechselbädern des Kalten Krieges der Aufwuchs der Rüstungen kontrolliert werden sollte – die Blocklogik konnte nicht aufgelöst werden: Im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen drohte die eine Seite der jeweils anderen mit dem Untergang. Und – er hätte hundertfach vollzogen werden können, bis zum Auslösen des Planeten.

Zum Schauplatz eines möglichen Endes des irdischen Lebens war die Mitte Europas erdacht, im Wettlauf der Verfeinerung todbringender hochtechnologischer Waffensysteme schließlich die beiden deutschen Staaten. So standen sich auf deutschem Boden die gegeneinandergerichteten Speerspitzen der bipolaren Militärblöcke gegenüber. Die Militärstrategien waren ausformuliert, die Soldaten zum Kampf bereit und die Bundesrepublik wie die Deutsche Demokratische Republik fest verankert in Nordatlantikpakt (NATO) und Warschauer Pakt.

Je bewußter sich viele Menschen dieses Widerspruchs wurden, daß die Drohung der Selbstvernichtung die unerträgliche Konsequenz des atomaren Zeitalters war, desto zwingender stellte sich die Frage nach sinnvollen Alternativen. So bereitete diese Aporie ihr Ende selbst vor. Die Zahl der Menschen wuchs, die nach einem anderen Konzept suchten. Die Vernichtung der Erde und auch nur die Drohung mit ihr konnte nicht das letzte Wort der Politik sein.

Die Vereinigung der beiden Deutschländer war im Rahmen der Konfrontation der Blöcke unmöglich, es sei denn, die DDR fiel in den Westen oder die Bundesrepublik Deutschland stellte das Gebot der Einheit vor die Freiheit. Beide Optionen aber hätten der Existenzberechtigung der bipolaren Aufteilung der Welt den Todesstoß versetzt. Allenfalls ein neutralisiertes und demilitarisiertes vereinigtes Deutschland, auf das sich die Siegermächte hätten verständigen müssen, wäre denkbar gewesen. Ihre Interessen aber standen dagegen.

Eine Lehre der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts war unumstößlich: Deutschland muß eingebettet bleiben in einer gemeinsam verabredeten europäischen Ordnung. Auch wenn sie eine Ordnung im Konflikt war, so war sie doch überschaubar, entwickelte ihre internen Regeln und endlich auch, wenn auch zunächst tastend, ihre Beziehungen zum anderen Blocksystem. Washington und Moskau waren die unumstrittenen Supermächte, die Logiken von Strategien und das operative Handeln wurden von den USA und der UdSSR entscheidend geprägt und kontrolliert.

Im Schatten des Systemkonflikts bot sich der Bun-

desrepublik eine unerwartete Chance. Und sie nutzte sie. Die verliehene Souveränität, die feste Bindung in den europäischen Westen und die beschleunigte ökonomische Modernisierung setzte im Innern der Gesellschaft Kräfte frei, die in den sechziger Jahren eine nachholende Demokratisierung zunächst forderten und in den siebziger Jahren auch allmählich durchsetzten. Eine westdeutsche zivile Bürgergesellschaft begann, sich in aktiver Auseinandersetzung mit überständigem autoritärem Konservatismus Schritt für Schritt zu konstituieren. Ihr neuer Konsens war die Fähigkeit und die Bereitschaft, sich individuellen, gesellschaftlichen und internationalen Konflikten zu stellen, sie produktiv zur Veränderung zu nutzen und so dazu beizutragen, zivil gelöst werden zu können.

Der innergesellschaftliche Paradigmenwechsel verband sich rasch mit dem vorbereiteten internationalen Paradigmenwechsel: Zuvörderst mußten die Realien anerkannt werden, auch wenn man sie nicht mochte. Erst danach konnte an die Aufgabe herangegangen werden, sie zu verändern. Das neue, in der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung angeeignete Sozialisationsverhalten, etwa dem erbittert geführten Konflikt der Kinder gegen ihre Eltern, welchen Widerstand sie gegen den Nationalsozialismus geleistet hätten, konnte bruchlos auf andere politische Handlungsfelder übertragen werden.

Ausgangspunkt für die Begründung einer neuen Ostpolitik war die Erkenntnis, daß die deutsche Einheit mit der alten Politik der Stärke nicht zu erreichen war. Darüber hinaus bestand die akute Gefahr, daß mit dem Mauerbau die Möglichkeiten zur Begegnung der Menschen untereinander verhindert hätten werden können. Der 13. August 1961 wurde somit zum Höhepunkt des Kalten Krieges für die Deutschen und zugleich zum Wendepunkt für eine alternative Politik.

Das Konzept der frühen sechziger Jahre, inspiriert von Egon Bahr, begründet und durchgesetzt von Willy Brandt, antwortete kühn auf die Logik der Konfrontation der Militärblöcke. Adenauer und seine Unionsparteien waren zu Gefangenen ihrer Rhetorik geworden. Ein Ausbruch aus dem selbstgeschaffenen Gefängnis war nicht möglich, es sei denn, die Union hätte sich von ihrer ideologischen Klammer gelöst, dem einfachen Antikommunismus.

Solange die Klimax des Kalten Krieges nicht erreicht war, diente der Antikommunismus als Beschaffer von Wählerlegitimation. Die immer neu genährte Angst vor der kommunistischen Diktatur frischte 1953 und 1956 auf. Mit der Mauer mitten durch Berlin war jedoch augenfällig geworden, daß eine Ära unwiederbringlich an ihre Grenzen gestoßen war. Von ihrer zu Stein gewordenen Niederlage, der Mauer, konnten

CDU und CSU sich konzeptionell nicht mehr erholen. Sie mußte den Spuren folgen, die die sozialliberale Ära der sechziger und siebziger Jahre gelegt hatte. Allerdings gelang es ihr, einen Ertrag der Politik der Entspannung, die deutsche Einheit, 1990 als nationale Ernte einzubringen.

Der SPD blieb im Prozeß der Vereinigung international und zwischen den beiden deutschen Staaten eine Rolle außerhalb der zentralen Entscheidungsprozesse, auch deshalb, weil die Bundesregierung vom Dezember 1989 an ausschließlich auf die etatistische Lösung der Herstellung der Einheit gesetzt hatte. Die unerhörte Chance, die die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR bot, zum erstenmal in unserer Geschichte, den Aufbruch der Menschen in die Demokratie als Triebkraft zu nutzen als Anfang für ein anderes Deutschland, wurde vergeblich.

Neues Denken: Kooperation statt Konfrontation

Als Kinder der Aufklärung wissen wir um die Begrenztheit von Entwürfen, zumal in Zeiten tiefgreifender Umbrüche. Trotz dieser Einschränkung bleibt festzuhalten, daß das Konzept der neuen Ostpolitik vom Beginn der sechziger Jahre bis zur Vollendung der deutschen Einheit Prozesse der Entspannung in Gang setzte, die zur realen Perspektive einer neuen europäischen Friedensordnung geführt hat. Der neuen Ostpolitik war ein unerwarteter Erfolg beschieden.

Der Harmel-Bericht von 1968 spiegelte noch die Konflikte innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft. Zwar waren die wesentlichen operativen Schritte im Bündnis in jedem Falle festgelegt, aber das Risiko blieb: In Berlin, der Frontstadt des Kalten Krieges, war die Ernüchterung über das Ende dieser Epoche Voraussetzung dafür, andere Wege zu beschreiten. Wäre sie erfolglos geblieben, die Verantwortung für ihr Scheitern wäre ihren Begründern verblieben.

Das Neue an dieser Politik war, daß sie von Beginn an Standfestigkeit und Flexibilität miteinander verknüpfte, die Notwendigkeit der Kontrolle des Rüstungswettlaufs ohne die militärische Sicherheit aufzugeben und die Fähigkeit zur Kooperation unterschiedlicher politischer Systeme ohne die Differenz ihrer Grundwerte zu verwischen. So wurde das Repertoire der aktuell zu vereinbarenden Regelwerke erheblich erweitert.

Dieses gradualistische Konzept konnte Rückschläge leichter auffangen wie auch Fortschritte schneller ermöglichen. Es rang den Verhandlungspartnern rationales Verhalten ab, die Artikulation eigener, die Be-

wertung anderer Interessen und die Abwägung des Preises, der zu bezahlen war für das Gelingen gemeinsamen Erfolges. Die neue Ostpolitik war, so gesehen, die Einübung alternativer Verhaltensmuster auf der Suche nach zivilen Lösungen auch bei sich gegenseitig ausschließenden Zielen. Die Beteiligten mußten zunächst die Übereinkünfte erarbeiten, ihre Ergebnisse mit den eigenen Führungsgruppen vor den Entscheidungen erörtern, wenn nötig auch im internen Konflikt. Das gemeinsame Überleben wurde in verabredeter Politik zum leitenden übergeordneten Ziel, obwohl oder gerade weil die Möglichkeit zur gemeinsamen Vernichtung durch die Politik erst geschaffen worden war. Frieden konnte so zu einem blockübergreifenden wie blockuntersetzenden Ziel werden. Es konnte von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung angestrebt werden.

Die Prioritätenskala des Kommunismus begann sich zu verschieben. Nicht mehr die Weltrevolution unter dem Vorzeichen der Diktatur des Proletariats rangierte auf dem ersten Platz; das Ziel des Friedens zwischen den gegeneinander hochgerüsteten Blöcken hatte begonnen, ihn von dort zu verdrängen.

Einer der Kerngedanken der neuen Ostpolitik war die Anerkennung des territorialen Status quo, wie ihn die Absprachen der Siegermächte am Ende des Zweiten Weltkrieges haben entstehen lassen. Die Turbulenzen des Kalten Krieges hatten den Ostblock unsicher werden lassen, ob nicht das Ziel des Westens die fundamentale Revision von Jalta wäre. Die Kräftekonstellation einzufrieren lag im imperialen Interesse Moskaus. Dieses Interesse korrespondierte mit dem Willen der Nomenklatura aller kommunistischen Parteien des Warschauer Paktes, ihre nationalen Machtstellungen endgültig einzementieren zu können. Ihnen ging es um die Zufuhr fehlender innerer Legitimation von außen.

Der Preis für die Stabilität der kommunistischen Regime blieb der Einsatz offener und verdeckter Gewalt. Mit der neuen Ostpolitik verbanden sie die Absicht, die ausgebliebene innerstaatliche Anerkennung durch das von ihnen unterdrückte Volk über den Umweg der internationalen Aufwertung zu gewinnen. Die Vertragspartner von außen sollten der Zähmung des Potentials der inneren Auflehnung dienen.

Aber die Rechnung ging nicht auf.

Die Schlußakte von Helsinki im Sommer 1975 ergab eine Zwischenbilanz der neuen Ostpolitik und eröffnete zur gleichen Zeit eine neue Perspektive. Die mit dem „Wandel durch Annäherung“ eingeleitete Vertragspolitik wurde gekoppelt an neue Politikfelder.

Staatliche Kooperationsformen entstanden und eröffneten Chancen zur Differenzierung auf der gouvernementalen Ebene und den ihnen zugeordneten



beratenden Gremien. Die Repräsentanten der kommunistischen Diktaturen wollten die Anerkennung des territorialen Status quo und ihrer Staaten. Der Westen war bereit, diesen Preis zu bezahlen mit der Ausnahme der vollen und völkerrechtlich verbindlichen staatlichen Anerkennung der DDR. Ihr war jedoch ein Weg geebnet, der der SED die Hoffnung auf ein schrittweises Annähern zu diesem Ziel bot. Die kommunistische Nomenklatura glaubte, im Blick auf diesen Erfolg, den Preis entrichten zu können, der ihr mit der Schlußakte von Helsinki abverlangt wurde.

Noch ahnte sie nicht, daß sie mit ihrer Zustimmung den Verlust ihrer Macht eingeleitet hatte. Im Vertrauen auf die Effizienz ihrer innerstaatlichen Repressionsinstrumente schien es ihr jedoch gewiß, die aufbegehrenden Demokratisierungsforderungen im Keime ersticken zu können. Solange die weiteren beiden Körbe der Schlußakte, die ökonomische Reform und die humanitären Anliegen, noch nicht präzisiert waren, wa-

ren ihre Risiken überschaubar, konnte die Dissidenz marginalisiert, durch die Staatssicherheit überwacht und ihre Wirksamkeit gebrochen werden.

Die Schlußakte faßte die Vertragspolitik zusammen und setzte Prozesse der Entspannung in Gang, die über die gouvernementalen Ebenen hinaus in die Gesellschaften hineinwirkten. In ihr war die innere Dialektik angelegt, die das Projekt des bürokratischen Kommunismus schließlich einstürzen ließ. Der Realismus der westlichen Partner erforderte die innere Anerkennung ihrer östlichen und gab zugleich den dissidenten Kräften im Innern das Zeichen zum Aufbruch.

Der Realismus der östlichen Partner erforderte die innere Anerkennung ihrer aufwachsenden Zivilgesellschaften und gab der Nomenklatura die Möglichkeit, sich mit Hilfe verfeinerter Instrumente an der Macht zu halten. Diese Folgen der Entspannungspolitik überforderten die Konservativen des Ostens wie des Westens. Die Konservativen des Westens wollten die Staat-

lichkeit der kommunistischen Regime nicht anerkennen, weil sie fürchteten, die Diktaturen würden dadurch endgültig stabilisiert. Die Konservativen des Ostens wollten die Legitimation ihrer Zivilgesellschaften nicht anerkennen, weil sie um die Stabilität ihrer Herrschaft fürchteten.

Während die Konservativen des Westens sich der Dialektik der Entspannungsprozesse durch Verweigerung entzogen, ließen sich die Betonköpfe des Ostens darauf ein. Noch fühlten sie sich sicher im Vertrauen auf ihr illegitimes Machtmonopol. Und in der Tat: In der Mitte der siebziger Jahre erschienen die Festungen der kommunistischen Staaten unbezwingbar.

Dennoch – die Dokumente der Konferenz von Helsinki wurden zu Waffen der Dissidenz. Die Politik der Entspannung hatte begonnen, Feindbilder zu zerstören. Sie bereitete den qualitativen Sprung vor zu etwas Neuem.

Zwischenschritte: von der Annäherung zur Auflehnung

Die Politik des „Wandels durch Annäherung“ hatte zu Regelungsmechanismen geführt, die den Verzicht auf den Einsatz von militärischer Gewalt im Falle zwischenstaatlicher Konflikte vereinbarten. In innerstaatlichen Konflikten sollte von außen das Gebot der Nichteinmischung gelten. Weil aber die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki ausdrücklich humanitäre Fragen konstitutiv im Entspannungsprozeß verankert hatte, konnten die Probleme der Menschenrechte ihre innere Sprengkraft entfalten. Wer aber nach außen dem Einsatz von Gewalt abschwörte, den Reformbedarf – insbesondere der Ökonomie – anerkannte, bereit war, Menschenrechtsfragen zum Thema der europäischen Zusammenarbeit zu machen und den internationalen Dialog über den Frieden an die Spitze der Werteskala schob, der konnte zwar versuchen, die innenpolitischen Konsequenzen der Wirkungen der Entspannungsprozesse abzuwehren, aufhalten aber ohne den massiven Einsatz brutalen Terrors hätte er ihn nicht mehr können.

Die innere Dialektik der Politik der Entspannung hatte begonnen, die tektonischen Spannungen in Bewegung zu setzen, die zunächst die Fassaden starrer Systeme beben machte. Je länger aber dieser Prozeß anhielt, desto mehr verstärkte er sich, peripher startend, auf die Zentren der Macht zielend.

Der das System wandelnde archimedische Punkt war erreicht, wenn „die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen“.

Polen war im Übergang zu den achtziger Jahren an diesem, den Entspannungsprozessen innewohnenden, immanenten Paradigmenwechsel angekommen. Solidarność war die erste unabhängige soziale Bewegung im europäischen Osten, die sich von unten auf die Schlußakte von Helsinki berief. Auf der Lenin-Werft in Danzig begann der Anfang vom Ende des Leninschen Herrschaftsmodells. Ein Arbeiterführer zertrümmerte die Grundmauern einer Diktatur, die einst angetreten war, das Paradies für die Arbeiter zu schaffen. Lech Wałęsa war unangreifbar geworden, weil die katholische Kirche sich mit ihrem Sohn verbündet hatte. Der große Gegenspieler der Protagonisten für die Verwirklichung des Paradieses auf Erden hatte seine Allianz von unten gefunden.

Die Einführung des Kriegsrechts unterbrach abrupt die im Innern verlaufenden Veränderungen. Aber die autonomen Kräfte von unten konnten nicht mehr isoliert werden; zu tief schon hatten sie Wurzeln geschlagen in die aufschießenden Formen der zivilen Gesellschaft Polens. Nach einer Pause des vorsichtigen Rückzugs tastete Solidarność erneut die Staatsmacht ab, kundschaftete ihre selbstbestimmten Handlungsräume aus, begab sich spielerisch auf neues Gelände, suchte das Dach der Kirche, verließ es und kehrte rasch wieder zurück, wenn es nötig war.

Schöpferisch nutzte die Dissidenz alle Aktionsformen von der direkten Provokation bis zum verständnisvollen Argument. Meist maßvoll, nie verletzend, trieb sie, unberechenbar in der Methode aber immer berechenbar in friedlicher Absicht, ohne Gewalt, die Differenzierung in der Gesellschaft voran, machte zum Beispiel die zivile Bürgergesellschaft breiter und gewann mehr und mehr die Kader der Monopolherrschaft bis mitten in das Herz des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP).

Der „Wandel durch Annäherung“ hatte geholfen den „Wandel durch Auflehnung“ vorzubereiten.

Michail Gorbatschow gab mit Glasnost und Perestroika die Signale, daß, anders als in den Jahrzehnten zuvor, Moskau nicht wie 1953 in Berlin, 1956 in Budapest und 1968 in Prag die eigenständige Suche nach selbstverantworteter Reform niederwalzen würde. Der Versuch der Domestizierung der Träger der Macht, wie ihn das Konzept des „Wandels durch Annäherung“ bezweckt hatte, zeigte erste unübersehbare Spuren bis in die internen Verhaltensmuster hinein. Die Doppelherrschaft der angeeigneten Legalität der Nomenklatura und der volkssouveränen Legitimität von Solidarność ging in die selbstlimitierende Revolution des Runden Tisches ein, des institutionalisierten Dialogs zwischen brüchig gewordener Gewalt „von oben“ und authentischer gesellschaftlicher Macht „von unten“.

Die Kirche übernahm die Rolle des Moderators. Zwar hatte sie sich in den entscheidenden Gefahrenmomenten mit Solidarność verbündet, aber zugleich auch ihre Distanz zur Politik, besonders zum kommunistischen Staat, gewahrt. Sie verkörperte mehr und glaubwürdiger als alle Institutionen die historische Kontinuität der polnischen Nation und wies doch hinaus auf den alten universalen Anspruch der Kirche und verband ihn mit dem neuen Universalismus der Menschenrechte. Mit ihrer unangreifbaren Autorität verhüllte sie barmherzig die bereits eingestürzte Fassade des Staates.

Seine Macht hatte schon ausgespielt, als der Runde Tisch begann. Es ging nur noch darum, die Modalitäten des Übergangs zur Demokratie verbindlich festzulegen und der alten Nomenklatura zu helfen, ihr Gesicht zu wahren und darum, daß sie ohne Gewalt-eruptionen von der Bühne der Geschichte abtreten würde.

Die Rolle der Kirche war eine zweifache: Sie verpflichtete die Nomenklatura auf die zivilen Verhaltensmuster, in die sie sich gegenüber dem internationalen Entspannungsprozeß bereits eingeübt hatte; darüber hinaus ebnete sie der Bewegung von unten den Weg zu gleichberechtigten Verhandlungen. Ergebnis sollten von beiden Kontrahenten gleichermaßen getragene innergesellschaftliche Kompromisse sein. Wenn auch die übrigen osteuropäischen Staaten dem Grundmodell Polens folgen sollten, so blieb es dennoch einzigartig. Nur in Polen gab es eine Institution, auf die sich alle verständigen konnten: die katholische Kirche.

Hier auch liegt die entscheidende Differenz zu den anderen Transformationsprozessen: Weder der Protestantismus noch die Orthodoxie hat die Stärke der katholischen Kirche Polens. Sie ist begründet in der Ferne zum Staat und in der Nähe zum Volk. Sie konnte, anders als im europäischen Osten, auch zum friedlichen Katalysator werden des durch den „Wandel durch Auflehnung“ ermutigten „Wandels durch Selbstbestimmung“.

Selbstbestimmung zwischen Demos und Ethnos

Das Ende des kommunistischen Projekts in Europa nahm einen unvermuteten Verlauf. Es implodierte im wesentlichen ohne Exzesse des Blutvergießens. Es übergab die Macht zwar mit geringeren oder auch mittleren Turbulenzen, aber doch ohne die gefürchtete „chinesische Lösung“. Die äußere und innere Überrüstung hatte die Kräfte der Menschen im europäischen Osten abgesaugt und ihre Restbestände erstarren lassen. Die

Last der gepanzerten Sicherheiten hatte die Luft zum Atmen genommen. Die in den Irrsinn gewucherten Repressionsorgane hatten sich selbst erdrückt.

Nur in der Auflehnung gegen die verstaatlichte Hypertrophie konnte sich ein neuer gesellschaftlicher Anfang konstituieren. Das Nein zum Ancien régime war leicht geworden. Orientieren konnte man sich schnell an der Reinheit der Dissidenz, die eine lange Leidensgeschichte hinter sich und sich dabei doch nicht erschöpft hatte in einer bloßen Märtyrerrolle. Sie konnte in allen osteuropäischen Ländern Persönlichkeiten anbieten, die im euphorischen Augenblick der Revolution verantwortungsbewußt und friedlich die erste Phase der Transformationsprozesse zu gestalten bereit waren.

Die nächsten Schritte in den Transformationsprozessen mußten ihren rebellischen Impetus gegenüber ihren Anciens régimes zugunsten eines wachsenden Konstruktivismus aufgeben.

Die Legitimationsgrundlagen der auf die Diktaturen folgenden Regierungen mußten neu gelegt werden. Im Zeitraffer wurden Erfahrungen von Nation und Demokratie nachgeholt, für die der europäische Westen eine lange Agenda zur Verfügung hatte. Eine Reihe von Anomien, die der europäische Osten gegenwärtig erleidet, sind durch die raschen Wechsel kontingent auftretender kultureller Ungleichzeitigkeiten zu erklären. Gefühle des rasenden Stillstands und der bremsenden Beschleunigung überlappen sich in den Metamorphosen, in denen sich alles überstürzt und sich doch zu vieles wieder zu begegnen scheint. In immer neuen kostümierten Verkleidungen drapiert sich Vergangenes.

Im Taumel der Neukonstituierungen konnten Mythen wiedererstehen, die historisiert schienen und Dämonen zurückkehren, die man gebannt glaubte. György Konrad beschreibt die Phase der ernüchternden Desillusionierung, die dem euphorischen Momentum der Revolution folgte, als die „Melancholie der Wiedergeburt“. In sie mischen sich nicht allein revolutionäre Potentiale der Demokratie. Auch rückwärtsgerandter Chauvinismus kann eindringen in den Prozeß der Neukonstituierung.

Solange zivile Bürgergesellschaften im gesellschaftlichen Diskurs die Kernbestände des notwendigen Konsenses nicht erarbeitet haben, ist die innere Balance noch nicht austariert, die die Fliehkräfte zwischen den auseinanderdriftenden Spannungsfeldern der nationalen kollektiven und der demokratischen individuellen Identitätsangebote im Zaum hält. Entlang der Achse vom europäischen Westen in den europäischen Osten ist ein dreifaches historisches Gefälle für die Entwicklungsperspektiven deutlich zu erkennen:

- Zum ersten rangiert im Westen die Forderung des Individuums nach verantworteter Freiheit vor dem Recht jeden Kollektivs;
- Zum zweiten setzt diese Prioritätsentscheidung Kräfte frei, die die Kreativitätspotentiale der zivilen Bürgergesellschaft ständig erneuern hilft;
- Zum dritten wird das Projekt des Nationalstaates als Ergebnis der ständigen demokratischen Veränderung begriffen, das auch bereit sein muß, Kernbestände in suprastaatliche Institutionen zu übertragen, wenn es einer neuen übergeordneten Stabilität dienlich ist.

Vom europäischen Osten zum europäischen Westen dominieren Ethnos vor Demos und Homogenität vor Pluralität. Noch.

Das, was lange Zeit gültig erschien, ist es nicht mehr. Das Relief der europäischen Landschaften ist in Bewegung. Vertrautheiten machen Überraschungen Platz. Bemühungen um integrative Lösungen werden fortgesetzt, Sezessionen brechen sich ihre Bahn.

Der „Wandel durch Selbstbestimmung“ hat vorläufig die Prozesse der Entspannung zum Abschluß gebracht, die durch den „Wandel durch Annäherung“ eingeleitet und durch den „Wandel durch Auflehnung“ beschleunigt wurde. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat mit der Pariser Charta versucht, die aktuelle Entwicklung zu steuern. So sollte die nationale Selbstbestimmung kategorial gebunden werden an die Anerkennung unveräußerlicher Menschenrechte. Bis auf die Ausnahme des Balkans und weniger nationaler „hot spots“ in der ehemaligen Sowjetunion ist dies bislang auch gelungen. Aber die Gegenbeispiele schrecken.

Europa wie die suprastaatlichen Institutionen haben sich noch keineswegs auf ein schlüssiges Konzept der Ermittlung und Vorbeugung von Konflikten sowie der angemessenen abgestuften Antwort und Intervention geeinigt.

Die Potentiale gefährdeter Konfliktzonen jedoch wachsen rasch an. Von West nach Ost nimmt das Gefälle ungefestigter Staatengebilde zu. Sie leben in ständiger Versuchung, ihre Legitimationslücken durch Chauvinismus zu schließen. Nicht am Ende der Geschichte sind wir angelangt durch den Sieg von Moderne und Demokratie, wie Francis Fukuyama noch am Vorabend der Revolution im europäischen Osten glaubte.

Alles kommt wieder, und nichts kommt zurück. Der Weg unseres Schrecken erregenden Jahrhunderts hat in Sarajewo begonnen und führte nach Jalta. Wir haben Jalta verlassen und sind in Sarajewo angekommen.

Welche Kraft setzen wir den Versuchungen entgegen,

die uns zwingen wollen, das erlittene Böse autistisch zu wiederholen?

Eine kritische Selbstprüfung der Jahre von 1961 bis 1989 mag ergeben, daß die deutsche Sozialdemokratie in den Phasen des „Wandels durch Auflehnung“ und des „Wandels durch Selbstbestimmung“ nicht frei war von Fehlwahrnehmungen der Wirkungen der von ihr selbst in Gang gesetzten Entspannungsprozesse.

Auch an realistischen Einschätzungen des Heranwachsenden neuer Bündnispartner von unten aus den neuen sozialen Bewegungen im europäischen Osten hat es gemangelt. Sie mußten sich im Widerstand zu den gouvernementalen Akteuren der Anciens régimes konstituieren und konnten sich berufen auf die etatistisch vorbereitete und implementierte Politik der Kooperation. Insofern waren sie die fundamentalen Gegner der Vertragspartner der deutschen Sozialdemokratie.

Dennoch waren sie sich bewußt, wem sie den Start ihrer Existenz verdankten. Je deutlicher sie, trotz aller Rückschläge, durch die Entfaltung der Ambivalenzen der Entspannungsprozesse ihre Handlungsräume erweitern konnten, desto stärker setzten sie ihre Hoffnungen auf die deutsche Sozialdemokratie. Um so schmerzlicher mußten sie erfahren, daß sie ihre Erwartung auf Solidarität nicht so erfüllte, wie es die Freiheitsbewegungen im Osten ersehnten. Die Ambivalenzen der Entspannungsprozesse erzeugten aus der Mitte der Gesellschaften im europäischen Osten das innere Beben, das sie schließlich taumeln machte. Unsere Fähigkeiten blieben hinter unseren Möglichkeiten zurück, den Dialog zwischen staatlichen Ebenen hin zum Dialog auch mit den aufwachsenden neuen zivilen Gesellschaften weiter zu entwickeln.

Blieben nicht auch unsere Antworten auf die Fragen der Dissidenz hinter unseren Erkenntnissen zurück? Die Sehnsucht der neuen sozialen Bewegungen nach Zeichen unserer praktischen Solidarität mußte durch das Nadelöhr unserer Abwägungen, die zuerst die Interessenlagen der Regierungen sah. Der Weg von den Realien zu Beginn der sechziger Jahre, die zu erkennen waren, bevor sie verändert werden konnten, hatte sich, je länger wir ihn gegangen waren, auf nüchterne Realpolitik verengt. Je veränderungsfähiger die Realien wurden, desto größer wurden auch unsere Sorgen, ja, auch unsere Angst vor unkalkulierbaren Reaktionen der Nomenklatura.

Die Sozialdemokratie hat mitgeholfen, daß die ermutigten Bewegungen im Innern des europäischen Ostens ihre Ziele schließlich selbst bestimmen lernten.

Unser gouvernementaler Blick hatte die Realität der Mächtigen in Osteuropa erkannt. Die Trennschärfe unseres Blicks verwischte sich, als die Bewegungen von

unten die Politik des Friedens nach innen wendeten. Sie nutzten kreativ die Dialektik der Entspannungsprozesse. Sie kehrten in ihrer Revolution zurück zu den Werten Europas. Ihre Ankunft ist voller Erwartung.

Die Entspannungspolitik war ein historisches Angebot. Nur durch Auflehnung konnte es wahrgenommen werden. Und nur durch Selbstbestimmung konnte sie sich lösen vom Projekt des bürokratischen Kommunismus.

Wäre nicht das Selbstbewußtsein „von unten“ gereift in den Phasen der Entspannungspolitik und zugleich die Selbstbegrenzung „von oben“ durch die internationale Kooperation, dann hätte der „Wandel durch Selbstbestimmung“ noch auf sich warten lassen.

Aus dem Dunkel der Gewalt trat die Freiheit hervor. Zunächst sahen wir ihre Gestalt unscharf.

Aber sie war schon im Raum, auch mit unserer Hilfe.

Osteuropa im Zeitsprung

Die Implosion des Kommunismus hat historische Optionen wieder eröffnet. Lange Jahrzehnte waren sie zugeschüttet. Osteuropäische Entwicklungslinien, mit stalinscher Gewalt einzementiert, brechen nun mit elementarer Wucht auf. Noch haben sie ihr Bett nicht gefunden, erzeugen ihre Läufe Strudel.

Die europäische Geschichte ist entriegelt.

Wird es gelingen, in den Prozessen, die Zeitsprünge hinter sich und größere vor sich haben, das Potential an Gewalt einzuhegen, das für die Sicherung des Leninischen Diktaturmodells brachial aufgewendet wurde?

Im ehemaligen Jugoslawien sehen wir Rückfälle in den Völkermord. Betritt der überwunden geglaubte Krieg wieder die historische Bühne? Im Ensemble hat er bereits Akteure und im Publikum seine geheimen Verbündeten. Den Kalten Krieg haben wir gewonnen. Vergehen will er nicht. Die Dämonen der Vergangenheit sind wieder aufgestanden. Der große Kalte Krieg scheint sich in heißen kleinen Kriegen fortzusetzen. Wenn die ethnische Säuberung beginnt, droht das wirkliche Ende der Geschichte als kollektive Katastrophe und als persönliche Tragödie.

Tatjana Tolstaja beobachtet im europäischen Westen das allmähliche Verschwinden der Geschichte in der Zivilisation und im europäischen Osten die Wiederkehr der Geschichte ohne Zivilisation. „Rußland ist dabei“, sagt der Moskauer Autor, Viktor Jerofejew, „ein Dreivierteljahrhundert staatlicher Lüge unter Qualen aus sich herauszukotzen.“

Die Suche nach kulturellen Identitäten und nach nationalen Bewußtseinsinhalten kann sich in den Turbulenzen des Laufs der Zeit dann für Individuen wie

für ihre Assoziation mit anderen in Netze der persönlichen und sozialen Stabilität entfalten, wenn diese Suche gebunden bleibt daran, die Demokratie zu befestigen und auszubauen. Nicht Beschwörungsformeln retten uns vor nationalistischem Überschaum. Der Versuchung des chauvinistischen Autismus entgehen wir nicht durch rituelle Warnschreie vor seinen Gefahren. Je ungefestigter die nationale Identität einzelner Staaten ist, in um so größerer Gefahr befinden sie sich, dem Sog des Nationalismus nicht mehr enttrinnen zu können.

Ernest Gellner und zuvor Isaiah Berlin haben beschrieben, wie die Sehnsucht nach dem Eintauchen in Muster kollektiven Verhaltens demagogisch um so gefährlicher verbogen werden kann, je heftiger sie auf die Deformationen von Modernitätsbrüchen reagiert.

Wollen wir nicht die Humanität verlieren in den Ambivalenzen, die beschleunigte Modernisierungsprozesse hervorrufen, dann müssen wir eine Perspektive erarbeiten, die herausführt aus den nationalen Verengungen.

Die Demokratie kann als Abenteuer entdeckt werden.

Europa wartet darauf, als gemeinsames Reformprojekt der beiden Hälften unseres Kontinents gestaltet zu werden. Noch liegen die Tendenzen dicht nebeneinander, die versinken können in die Nächte der rassistischen Gewalt oder sich verwandeln in die Tage der Hoffnung auf die europäische Demokratie.

Macht sich der europäische Westen auf den Weg zu einer gemeinsamen Zukunft, dann werden sich die Konturen dieses Projekts bei jedem Schritt plastischer herauschälen aus dem fahlen Licht der Gegenwart.

Auf diesem Weg werden uns mehr Zeichen der Versuchung begegnen als Zeichen der Ermutigung.

Ausweichen können wir dabei dem Nationalismus nicht. Wir können ihn durch Demokratie überwinden. Gelingen wird uns dies, wenn wir ihn verstehen. Wer vor ihm davonläuft, hat schon verloren.

Die zivilen Bürgergesellschaften, die in allen europäischen Regionen heranwachsen, werden das ungeheure Gewicht des nationalistischen „sacro egoismo“ abwerfen, das seine Blutspur hinter sich herzieht.

Oder bleiben wir Gefangene der Furcht Bertrand Russells, der Jammert mit der Menschheit aber sei, daß die Narren so selbstsicher sind und die Gescheiten so voller Zweifel?

Zur Beurteilung der Bonner Deutschlandpolitik in den 80er Jahren



Dr. Bernd Faulenbach
Universität Bochum
Vorsitzender der
Historischen Kommission der SPD

Der Umbruch 1989/90 und die deutsche Vereinigung haben zu einer Vielzahl von Fragen zur allerjüngsten Vergangenheit geführt. Diese beziehen sich nicht nur auf die Deutsche Demokratische Republik, sondern auch auf die alte Bundesrepublik. Zu den in der öffentlichen Diskussion strittigen Fragen gehört die Beurteilung der Bonner Deutschlandpolitik vor 1989 – die der Regierung wie die der Opposition. Genannt seien hier die Stichworte: der von Franz-Josef Strauß zusammen mit Schalck-Golodkowski eingefädelt Milliardenkredit, der Staatsbesuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker in Bonn, die sicherheitspolitischen Vorschläge von SED und SPD oder das SED/SPD-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“.

Naturgemäß unterscheidet sich die heutige Perspektivik von der der Handelnden in den 80er Jahren, was eine faire Beurteilung nicht außer acht lassen sollte. Auch hat jede historische Betrachtung die situativen Kontexte auszuleuchten. Und dennoch ist an verschiedenen Fragen, wie etwa den folgenden, schwerlich vorbeizukommen:

- Inwieweit hat die bundesdeutsche Politik den Wandel in der DDR gefördert bzw. behindert?
- Welche Rolle spielte die Frage der Menschenrechte in der DDR, welche die Idee der nationalen Einheit für die bundesdeutsche Politik?
- Lag der westdeutschen Politik ein realistisches Bild der inneren Zustände und Entwicklungstendenzen der DDR zugrunde?
- Inwieweit hatte die Deutschlandpolitik ein Eigengewicht gegenüber der europäischen Integrationspolitik, der übrigen Ostpolitik, der Sicherheitspolitik?

Die Beantwortung dieser Fragen kann dazu beitragen, Grundorientierungen der bundesdeutschen Politik zu überprüfen.

Zum Grundansatz der „neuen Ostpolitik“

Die seit den frühen 60er Jahren von Willy Brandt und Egon Bahr entwickelte, seit 1969 die Deutschlandpoli-

itik der Bundesrepublik prägende „neue Ostpolitik“ ging von der Einsicht aus, daß die zwischen Ost und West strittige deutsche Frage auf absehbare Zeit nicht lösbar sei. Zugleich aber erschien die Aufgabe unabweisbar, nicht nur die bundesdeutsche Politik dem internationalen Entspannungsprozeß, der sich zunehmend abzeichnete, anzupassen und eine außenpolitische Isolierung der Bundesrepublik zu vermeiden, sondern vor allem menschliche Erleichterungen – Besuche, Familienzusammenführungen etc. – im Verhältnis der beiden deutschen Staaten durchzusetzen und das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit trotz der Zweistaatlichkeit zu erhalten. Die Politik schloß mithin die – zumindest zeitweilige – Anerkennung des politischen Status quo, d. h. der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Ordnung und Grenzen ein, und zwar mit dem Ziel, diesen Status quo zu verändern, d. h. die Grenzen durchlässig zu machen, zu einem geregelten Nebeneinander der Staaten des Westens und des Ostens zu kommen und langfristig diese Nachkriegsordnung zu überwinden.

Es kann keine Frage sein, daß diese Politik, die u. a. zum Moskauer Vertrag, dem Warschauer Vertrag, dem Berlin-Abkommen und zum Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten führte, die Verhältnisse in Europa verändert hat, wesentliche menschliche Erleichterungen bewirkte, geregelte Beziehungen zwischen den Staaten anbahnte und den nationalen Kommunikationszusammenhang und damit letztlich auch das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl stärkte.

Die DDR galt weiterhin nicht als Ausland wie auch der Anspruch auf Wiederherstellung der deutschen Einheit – etwa im „Brief zur deutschen Einheit“ beim Moskauer Vertrag – nicht aufgegeben wurde. Voraussetzung dieser Politik waren jedoch funktionierende Beziehungen zwischen den Regierungen in Bonn und Ost-Berlin bei fortdauernden tiefgreifenden politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Gegensätzen.

Die insgesamt sehr erfolgreiche „neue Ostpolitik“ wurde – trotz des erbitterten Kampfes der Union gegen diese Politik in den 70er Jahren – nach dem Ende der sozialliberalen Koalition 1982 von der konservativ-liberalen Regierung unter Kohl fortgesetzt. Die Regierungskontakte wurden tendenziell sogar noch intensiviert, mit dem Milliardenkredit wurde der maroden DDR-Wirtschaft geholfen. Ohne Zweifel war der Besuch Erich Honeckers in Bonn vom 7. bis 11. September 1987 Ausdruck der in den 80er Jahren erreichten Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die sich als geregeltes Nebeneinander und partielles Miteinander der beiden deutschen Staaten beschreiben

läßt. Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit war kein Nahziel der bundesdeutschen Politik mehr, sondern schien allenfalls im Rahmen langfristiger Veränderungen in Europa denkbar.

Dominanz des sicherheitspolitischen Denkens

Die Deutschlandpolitik und die Ostpolitik der 80er Jahre waren eng mit sicherheitspolitischen Fragen verwoben. In den 70er Jahren war deutlich geworden, daß die Entspannungspolitik den Rüstungsbereich nicht aussparen, vielmehr sich gerade in der Abrüstung manifestieren müsse, was um so zwingender erschien, als die Eigendynamik des Rüstungswettlaufs ungebremst war und beachtliche Ressourcen band. Neue Waffensysteme schienen die Gefahr eines atomaren Krieges in Europa bedrohlich zu erhöhen. Seit den 70er Jahren überschatteten deshalb zunehmend sicherheitspolitische Fragen – insbesondere die Fragen der Mittelstreckenwaffen – die Ost-West-Beziehungen und auch das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten.

Bemerkenswerterweise trafen sich die Bundesregierung unter Helmut Schmidt und die Führung der DDR unter Erich Honecker bereits im Kontext der Afghanistan-Krise in dem Bemühen, die Ost-West-Spannungen – wo möglich – zu dämpfen. Beide Staaten wollten offenbar nicht mehr als Speerspitzen in ihren Bündnissystemen fungieren. Auch die Bundesregierung Kohl-Genscher war nach 1982 bemüht, die besonderen Beziehungen zur DDR weiter zu pflegen, und zwar trotz der beginnenden Raketenstationierung, in deren „Windschatten“ – so hat der Politikwissenschaftler Gert-Joachim Glaesner formuliert – sie an der Entspannungs-, Ost- und Deutschlandpolitik festhielt, „ohne sich dem Verdacht mangelnder Bündnistreue und geheimer Neutralitätsneigungen auszusetzen“.

Auch der sicherheitspolitische Dialog zwischen SED und SPD, mit dem die SPD nach dem Verlust der Regierungsbeteiligung die Fortführung der Entspannungspolitik zu fördern suchte, lief faktisch auf eine Betonung der besonderen deutschen Interessenlage hinaus. Die Vorschläge zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone, eines atomwaffenfreien Korridors und der Bildung einer „Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa“ zielten darauf ab, die gewaltige Massierung von Waffen in Mitteleuropa zu reduzieren und die zahlreiche Menschen in Deutschland Ost und Deutschland West beunruhigende Gefahr eines Krieges mit verheerendsten Folgen für die Deutschen zurückzuschrauben. Willy Brandt konstatierte 1989:

„Hier (im Sicherheitsdialog) ist, bei Weiterbestehen der Systemunterschiede, ein Stück objektiver Gemeinsamkeit deutlich geworden, das über Wirtschaft und Kultur hinausreicht.“

Fragen der Sicherheitspolitik, das Bemühen um Abrüstung und die Entwicklung eines Konzeptes „gemeinsamer Sicherheit“, waren in der SPD und in großen Teilen der Öffentlichkeit in den 80er Jahren derart zentral, daß das Verhältnis zwischen Ost und West im allgemeinen und zwischen der Bundesrepublik und der DDR im besonderen über weite Strecken fast ausschließlich in sicherheitspolitischen Kategorien diskutiert wurde. Dies gilt selbst für Egon Bahr, für den freilich Fortschritte in der Sicherheitspolitik Voraussetzungen waren, um zu einer Überwindung der Nachkriegsordnung mit ihrem Blockdenken durch den Aufbau einer neuen europäischen Ordnung zu gelangen, in deren Rahmen auch die deutsche Frage lösbar zu sein schien.

Insgesamt waren, insbesondere in der jüngeren Politikergeneration, die sicherheitspolitischen Fragen absolut dominant und wurden – so ist trotz Anerkennung der Notwendigkeit einer aktiven Sicherheitspolitik kritisch festzustellen – eher selten mit anderen Fragen verknüpft gedacht. Für manche war die Deutschlandpolitik in den 80er Jahren geradezu eine Funktion der Sicherheitspolitik.

Die Wirkung des KSZE-Prozesses

Die von Egon Bahr in seiner Tutzingener Rede im Juli 1963 auf die Formel „Wandel durch Annäherung“ gebrachte Ostpolitik zielte zunächst auf das zwischenstaatliche Verhältnis, wollte aber dazu beitragen, Veränderungen in der DDR und in den osteuropäischen Staaten zu ermöglichen. Zweifellos hat der Abbau von Feindbildern durch die Ostverträge auch in diese Richtung gewirkt.

Darüber hinaus operierte die „neue Ostpolitik“ im Hinblick auf die Öffnung und Liberalisierung der kommunistischen Systeme sehr vorsichtig, um evolutionäre Veränderungen, die von den dortigen Führungsgruppen initiiert oder mitgetragen wurden, nicht zu gefährden. Bewußt wurde deshalb darauf verzichtet, die Existenz der – durch sowjetische Macht garantierten – Systeme in Frage zu stellen oder zu destabilisieren.

Immerhin setzte der Westen in dem – von der neuen Ostpolitik geradezu ihren Ausgang nehmenden – KSZE-Prozeß – im sogenannten „Korb 3“ der Schlußakte von Helsinki – die Anerkennung der Menschen- und Bürgerrechte durch die kommunistischen Systeme durch, was für Oppositionsgruppen in Osteuropa gewisse – wenn auch vielfach gefährdete und unterlaufe-

ne – Rechtstitel schuf und ihnen internationale Publizität verschaffte. Der Prozeß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat ganz entscheidend zur Veränderung der Verhältnisse in Osteuropa beigetragen, indem er die Voraussetzungen oppositionellen Handelns in den politisch und ökonomisch stagnierenden Systemen verbesserte.

Auch das SPD-SED-Papier hatte ein wesentliches Motiv auf Seiten der Sozialdemokraten in dem Versuch, Freiräume für abweichendes politisches Denken in der DDR zu schaffen, indem es die SED verpflichtete, derartiges Denken zuzulassen. In der Tat wurde das Papier als Ermöglichung offener Diskussion aufgefaßt und gerade deshalb nach kurzer Zeit von der verunsicherten SED-Führung faktisch verworfen, was die im Papier der DDR attestierte Reformfähigkeit dementierte und zu Recht auf Kritik von Sozialdemokraten stieß.

In der Unterstützung oppositioneller Gruppen hielten sich die westlichen Regierungen in den 70er und 80er Jahren freilich zurück, zum einen, weil man die Oppositionellen nicht gefährden, nicht auf deren Kosten Politik treiben wollte, zum anderen, weil man die Politik des Aufbaus von Vertrauen und Partnerschaft, die sicherheitspolitisch geboten schien und langfristig evolutionären Wandel durch Reform von oben ermöglichen sollte, nicht aufs Spiel setzen wollte.

Im Hinblick auf die DDR kam hinzu, daß die Opposition zersplittert und diffus, nicht vergleichbar mit der polnischen Solidarność, wirkte. Immerhin war aber das Bemühen, etwa bei sozialdemokratischen Politikern, unverkennbar, die Kirchen, namentlich die evangelische Kirche – den einzigen relativ unabhängigen Faktor im SED-System – wo möglich zu unterstützen und auf diese Weise in einem engen Kommunikationszusammenhang mit dem systemfernen Teil der DDR-Gesellschaft zu bleiben. Offen unterstützt wurden die Bürgerrechtler in der DDR von einigen Politikern der Grünen und der SPD. Es ist nicht zu verkennen, daß ein eher etatistischer Politikbegriff in der Bonner Politik auf der einen Seite und basisdemokratische Orientierungen bei den Friedens- und Umweltgruppen der DDR auf der anderen Seite Bonner Politik und DDR-Oppositionelle teilweise trennten.

Die Forderung nach Menschen- und Bürgerrechten in der DDR wurde in den 80er Jahren mehr oder weniger von allen Bonner Politikern erhoben. Wie deren Durchsetzung freilich zu realisieren sei, blieb eine schwierige Frage. Man wird von heute her fragen, ob die Spielräume westlicher Politik, zumal nach dem Beginn der Reformpolitik Gorbatschows tatsächlich in der Menschenrechtsfrage ausgeschöpft wurden und ob nicht die politische Bedeutung der Opposition in der



DDR partiell unterschätzt worden ist. Für die Beibehaltung der gewohnten Politik war ein ganzes Bündel von Ursachen verantwortlich: die Furcht vor der Wiederholung von Ereignissen wie 1953, 1956, 1968, die Hoffnung auf evolutionäre Veränderung durch Reformen von oben, die Bedeutung sicherheitspolitischer Erwägungen, doch auch die Grenzen des vorherrschenden Politikbegriffs.

Insgesamt gesehen – so wird man sagen können – ist die Lage in der DDR und in Osteuropa vielfach falsch eingeschätzt worden. Ob eine frühere Überwindung der kommunistischen Systeme in der DDR und in den osteuropäischen Ländern möglich gewesen wäre, ist freilich zweifelhaft; entscheidend waren die Veränderungen in der Sowjetunion. Im einzelnen jedoch ist die bundesdeutsche Politik sicherlich kritikbedürftig.

Die Realität der DDR aus westdeutscher Sicht

Die als Entspannungspolitik konzipierte „neue Ostpolitik“ hatte faktisch ein Zurückstufen der ideologischen Auseinandersetzung zur Konsequenz. Mit ihr verbunden war eine gewisse Abschwächung ideologisch begründeter Feindbilder. Mit dem geregelten Nebeneinander schien ein Krieg der Ideologien unvereinbar zu sein.

Allerdings kam in der Bundesrepublik noch etwas anderes hinzu. In den 60er Jahren, insbesondere im Kontext der Studentenbewegung, wuchs in der kritischen Öffentlichkeit das Bestreben, den traditionellen Antikommunismus zu überwinden, der sowohl eine wirkliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus als auch eine umfassende Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft blockiert zu haben schien. Verbunden damit war Kritik an der Totalitarismustheorie und eine Aufwertung von Faschismustheorien. Auch wenn die auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft zielende Bewegung an den Universitäten und in ihrem Umfeld sich rasch abschwächte, so wurde doch von nun an der Antikommunismus der 50er Jahre als obsolet betrachtet. Der dialektische Gegenschlag zum Antikommunismus der 50er Jahre, der nun als eine Fortsetzung des nationalsozialistischen Antibolschewismus interpretiert wurde, war in der intellektuellen Szene so stark, daß als Antikommunist zu gelten vielfach einer Disqualifizierung gleichkam. Auch anspruchsvolle kritische Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus und den Verhältnissen in den kommunistischen Systemen wurden in wichtigen Teilen der Publizistik als unzeitgemäße Fortführung des Kalten Krieges betrachtet. Nur wenige Linke – etwa Rudi Dutschke oder Peter von Oertzen – setzten sich kritisch mit der DDR auseinander.

Die Tendenz zu einer gewissen Tabuisierung der Auseinandersetzung mit den kommunistischen Systemen, d. h. der Verzicht auf ansonsten auf der Linken selbstverständliche kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Wirklichkeit, stimulierte auf der politischen Rechten eine Beschäftigung mit Osteuropa, der es nicht selten vorrangig um den Kampf gegen die Linke im Westen ging.

Zusammen mit der Tatsache, daß die DDR in den 80er Jahren durchweg wenig attraktiv war und für große Teile der westdeutschen Öffentlichkeit uninteressant wurde, führten die skizzierten Mechanismen dazu, daß es über das ganze Ausmaß an Repression und über den Charakter des SED-Systems Illusionen gab, die auch durch den Eindruck gefördert wurden, daß sich die spätstalinistische DDR Honeckers vom Stali-

nismus Ulbrichts erkennbar unterschied. Es ist nicht zu übersehen, daß selbst im wissenschaftlichen Raum die Realität der DDR vielfach unzureichend erfaßt worden ist.

Die Frage der nationalen Einheit

Das Ziel, die Einheit der Nation zu erhalten, wurde von der „neuen Ostpolitik“ in den 60er und 70er Jahren keinesfalls aufgegeben, im Gegenteil: Die Anerkennung der Realitäten sollte dem weiteren Auseinanderleben der beiden Teile Deutschlands entgegenwirken.

Dennoch ist nicht zu verkennen, daß im Hinblick auf die zunächst in der Nachkriegszeit weithin abgelehnte Zweistaatlichkeit auf lange Sicht die normative Kraft des Faktischen wirksam wurde. So wurde die „neue Ostpolitik“ in den 70er und 80er Jahren in der deutschen und in der internationalen Öffentlichkeit vielfach als eine Politik verstanden, die sich mit zwei Staaten in Deutschland abgefunden hatte, die im wesentlichen eigene Wege gingen, freilich einen Rest besonderer Beziehungen wahrten. Die „neue Ostpolitik“ wurde dabei tendenziell um ihre Dialektik verkürzt: durch Anerkennung der Realitäten diese zu verändern.

Im öffentlichen Bewußtsein Westdeutschlands trug die „neue Ostpolitik“ faktisch zur „Selbstanerkennung“ der Bundesrepublik bei. Die Bundesrepublik erschien nun nicht mehr als Provisorium, als Stellvertreter des Nationalstaats, sondern als ein Staat mit eigener postnationaler Identität, für die ein „Verfassungspatriotismus“ zentral war, der auch aus heutiger Sicht keineswegs nur als intellektuelles Konstrukt zu werten ist. Während im internationalen Vergleich das Nationalgefühl bei den Bundesbürgern schwach ausgeprägt war, war die Identifikation mit der Verfassung und ihren Grundwerten hoch.

Zugleich meinte man vielfach, ein ähnliches Identitätsbewußtsein wie in der Bundesrepublik müsse sich in der DDR entwickelt haben, womit man gleichsam die eigene Vorstellungswelt in die DDR hineinprojizierte und dabei völlig die Legitimationsschwäche des SED-Systems und die Orientierung großer Teile der DDR-Bevölkerung am „Westen“ verkannte.

Auch ist nicht zu übersehen, daß in Teilen der westdeutschen Öffentlichkeit seit den 70er Jahren ein – die jüngste deutsche Geschichte in spezifischer Form verarbeitender – „negativer Nationalismus“ vorherrschend wurde, der sich nicht nur mit der deutschen Zweistaatlichkeit abfand, sondern diese als historische Konsequenz des Dritten Reiches bzw. als Strafe für die Verbrechen des Nationalsozialismus begriff. Nicht selten war damit ein Ernstnehmen des DDR-Antifaschis-

mus verbunden: Die DDR schien mit ungleich größerem Nachdruck Folgerungen aus dem Dritten Reich gezogen zu haben als die Bundesrepublik und schon dadurch legitimiert zu sein. Im übrigen aber glaubte man, sich aus der deutschen Geschichte verabschieden zu können.

Gegen diesen „negativen Nationalismus“ wandte sich ein Revisionismus, der nicht nur die Rekonstruktion eines positiven Nationalbewußtseins anstrebte, sondern seinerseits den Konsequenzen der NS-Zeit für die deutsche Identität und die deutsche Politik auszuweichen suchte, was einer der Anlässe für den sogenannten Historikerstreit war. Beide Varianten waren Ausdruck der – insbesondere in der jüngeren Generation vorherrschenden – Tendenz, den nationalen Haftungszusammenhang zu unterschätzen, wie sich 1989/90 zeigte. Unterschätzt wurde der Faktor „Nation“ nicht zuletzt im Hinblick auf die DDR-Bevölkerung, in der ein deutsches Zusammengehörigkeitsbewußtsein virulent geblieben war.

Zwischen CDU-FDP-Koalition, SPD-Opposition und Grünen differierten die politischen Einschätzungen der deutschen Frage in den 80er Jahren keineswegs diametral. Allerdings beharrten CDU/CSU stärker auf Rechtsstandpunkten und hielten die Forderung nach Wiedervereinigung – trotz auch hier, etwa bei Heiner Geißler, erkennbarer „realistischer“ Tendenzen – aufrecht, doch war dies weithin Rhetorik für den innenpolitischen Hausgebrauch, der kein operationalisierbares deutschlandpolitisches Konzept entsprach. Für das Unionslager ist eine Diskrepanz zwischen Rhetorik und praktischer Politik zu konstatieren, die 1989/90 hinsichtlich der Anerkennung der Oder-Neiße Grenze zu Schwierigkeiten führen sollte.

Insgesamt gesehen konnten sich alle Parteien eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse in Mitteleuropa nur im Rahmen einer langfristig zu realisierenden europäischen Friedensordnung vorstellen, wobei offenblieb, ob es zu einer Wiederherstellung der deutschen Einheit oder zum Obsoletwerden der nationalen Frage für die Deutschen kommen würde. Kennzeichnend für die bundesdeutschen Einschätzungen war, daß über das Verhältnis von europäischer Union und nationaler Einheit der Deutschen – sieht man von einzelnen Stimmen ab, zu denen Egon Bahr gehörte – kaum mehr diskutiert wurde.

Insgesamt ist also festzustellen, daß sich praktisch in der Einschätzung der deutschen Frage fast alle maßgeblichen Kräfte in der Bundesrepublik irrten, indem sie annahmen, daß eine neue gesamteuropäische Ordnung, d. h. die Überwindung der europäischen Spaltung, die Voraussetzung der Wiederherstellung der deutschen Einheit sein müsse. Die deutsche Vereini-

gung war vielmehr Derivat der nicht erwarteten Implosion der kommunistischen Welt, zu der die Oppositionsbewegungen beigetragen, die sie aber nicht verursacht hatten.

Schlußfolgerungen

Keine Frage: Alle maßgeblichen politischen Kräfte in der Bundesrepublik haben sich in der Einschätzung der Entwicklungen in der DDR und in Osteuropa in den 80er Jahren mehr oder weniger getäuscht. Gleichwohl hat die „neue Ostpolitik“ – aufs Ganze gesehen – den Wandel in der DDR und in Osteuropa gefördert. Im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft legt die Betrachtung der Deutschlandpolitik dieser Zeit einige Folgerungen nahe:

- Problematisch war das weithin statische Politikverständnis, das politische und gesellschaftliche Veränderungsprozesse in der DDR und in Osteuropa zu spät und nur unzureichend in den Blick bekam. Politik gilt es stärker in Prozessen zu denken.
- Unübersehbar war die Neigung, eigene Vorstellungen in andere Gesellschaften hineinzuprojizieren und sich Illusionen über die politische Realität zu machen. Das Prinzip kritischer Betrachtung darf an Grenzen nicht Halt machen.
- Bei aller Notwendigkeit, realpolitisch zu handeln, gilt es doch, die Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten als wichtiges Ziel auswärtiger, zumal europäischer Politik zu begreifen. Im Hinblick auf die dabei anzuwendenden Mittel wird man flexibel sein müssen. Allgemeine Deklamationen reichen ebensowenig aus wie die Lösung lediglich von einzelnen Problemfällen.
- Die Bedeutung des Faktors Nation ist in der gegenwärtigen Welt realistisch einzuschätzen. In Deutschland kommt es darauf an, die Idee der Nation in einen unlöslichen Zusammenhang mit der Idee der auf Menschen-, Bürger- und Sozialrechten gründenden Demokratie zu bringen. Gegenwärtig hat sich die Nation im Hinblick auf die neuen Länder als Solidargemeinschaft zu bewähren.

Die kritische Auseinandersetzung mit der allerneuesten Geschichte eignet sich schwerlich für parteipolitische Instrumentalisierung, wie sie anscheinend von Teilen der CDU/CSU und ihres publizistischen Umfeldes angezielt wird. Selbstkritische Reflexion ist geboten.

Das SPD/SED-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“

Intentionen, Hintergründe, Wirkungen



Prof. Dr. Thomas Meyer
Leiter der Akademie der
politischen Bildung in
der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Universität-Gesamthochschule Siegen
Stellvertretender Vorsitzender der
Grundwertekommission der SPD

Aus heutiger Sicht

Am 27. August 1987 legten die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gemeinsam eine Erklärung vor, die Erstaunen und Verblüffung auslöste. Viele kundige Beobachter hatten es kaum für möglich gehalten, daß die SED sich zur Unterschrift unter einen Text bereit finden würde, in dem sie Grunddogmen, die ihre Legitimation trugen, widerrief und eine Öffnung in Aussicht stellte, mit der sie Gorbatschow auf den Fersen folgen zu wollen schien.

Das gemeinsame Papier bewegte in ungewöhnlichem Maße die Geister. Neben oft fast begeisterter Zustimmung in Ost und West rief es auch erbitterte Kritik auf den Plan. Sie bezog sich nicht nur auf einzelne Formulierungen im Text, sondern zumal auf die Tatsache selbst, daß die SPD mit der SED unterhalb der Ebene von Staatsregierungen Gespräche geführt hatte, die zu einem solchen Ergebnis führen konnten. Die Kritik ist im Nachhinein, nachdem das lange Zeit scheinbar so allmächtige SED-Regime wie ein Kartenhaus zusammenbrach, wieder aufgeflammt und von politisch interessierter Seite mit dem Akzent versehen worden, das gemeinsame Papier sei ein Produkt der Blindheit gegenüber dem wirklichen Zustand von SED und DDR gewesen und die SPD habe mit ihm dem siechen Partner gleichsam eine Legitimationstransfusion gewährt, die sein abschbares Ende hinausgeschoben habe.

Wenn auch die Haltlosigkeit einer solchen ex-post-Konstruktion im Falle der DDR offenkundig und die politisch agitatorische Absicht solcher Unterstellungen ersichtlich ist, verdienen das Papier und seine Wirkungen auf die Endphase der Geschichte der DDR doch eine kritische und, wo es angebracht ist, natürlich auch selbstkritische Rückbesinnung.

Es wäre wünschenswert, wenn die Akten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR alsbald auch einmal daraufhin untersucht würden, was dieses Papier in der SED selbst in den beiden Jahren vor dem Zusammenbruch des Regimes an kritischen Diskussionen, an

Differenzen, an Distanzierung und an Beiträgen zur folgenreichen Untergrabung des Selbstbewußtseins dieser Partei beigetragen hat.

Die politischen Motive

Warum, so ist oft gefragt worden, hat es die Grundwertekommission der SPD mit Billigung des Präsidiums der Partei überhaupt für möglich gehalten und für nötig befunden, über die staatlich institutionellen Kontakte hinaus auf Parteiebene mit der SED über politische Grundsatzfragen zu reden und sogar in den Punkten, wo offensichtlich der Kern der Gegensätze zwischen kommunistischem und westlich demokratischem Demokratie- und Rechtsstaatsverständnis angesiedelt war, eine Art Vereinbarung herbeizuführen? Die Antwort war aus damaliger Sicht einfach und sie hat auch aus heutiger Sicht Bestand.

Die SED war die Macht, die entschied, ob die Spielräume für Dialog, Bürgerbeteiligung, gesellschaftliche Selbstorganisation in der DDR größer oder kleiner wurden und sie war 1987 nicht nur die Regierungspartei, die in Europa mitentschied, ob die Chancen der Friedenspolitik wuchsen und die Risiken aus Überrüstung mit Massenvernichtungsmitteln beherrschbar würden. Sie war auch ein Koloß auf schwachen Füßen, der schwankte, ob er sich dem Liberalisierungssog, der von Gorbatschows Perestroika-Politik ausging, auf die Dauer entziehen könne oder ergeben müsse. Und die SPD war 1987 eine Partei, die durch die offenkundigen Erfolge ihrer Entspannungspolitik der Frage nicht länger ausweichen konnte, warum sie anders als es die kommunistischen Parteien taten, nicht ihrer zwischenstaatlichen Kooperationspolitik eine offensive Auseinandersetzung mit dem anderen Gesellschaftssystem hinzufügte, in der sie beim Namen nannte, was ihrem Verständnis von Menschenwürde, Demokratie und Gerechtigkeit dort so handgreiflich widersprach.

Es ging darum, die Entspannungspolitik zu sichern, ohne die eine Entwicklung zum Besseren weder im Osten noch im Westen denkbar war, aber das Schlagwort vom „Wettbewerb der Systeme“ ernstzunehmen, die Debatte um die Bilanz der Systeme in Ost und West in den Kardinalfragen der Menschenrechte, der Demokratie und der öffentlichen Diskussionschancen ernsthaft, glaubwürdig und öffentlich innerhalb beider Systeme und zwischen den Systemen aufzunehmen.

Das Papier hatte drei Ziele. Es wollte zum einen bekräftigen und begründen, daß Auseinandersetzungen um die menschlichen Erfolge der Systeme nötig und drängend, aber im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel zwingend auf friedliche Formen angewiesen waren, denn der Krieg mit Massenvernichtungsmitteln

hätte alles vernichtet, worum der Streit ging. Es wollte zweitens die Kommunisten drängen, ihre Propagandaformel vom „friedlichen Wettbewerb der Systeme“ auch einzulösen, nämlich die offene Debatte über das, was die Systeme für die Menschen leisteten, bei sich selbst zuzulassen. Es sollte drittens der Entspannungsarbeit die Dimension unverblümter politischer Auseinandersetzung hinzufügen, die die Kommunisten in ihrem Verständnis von „friedlicher Koexistenz“ immer behauptet hatten, die aber die sozialdemokratische Entspannungspolitik nur zögernd geltend gemacht hatte, solange sie glauben mußte, daß sie die Gefährdung des ganzen Projekts bewirken könnte.

Es ging also um einen neuen Versuch, im unmittelbaren Kontakt mit der herrschenden Partei des anderen deutschen Staates das KSZE-Projekt zu präzisieren, voranzutreiben und in seinem für die Kommunisten heikelsten Punkt mit Leben zu erfüllen. Das schien, und es scheint auch aus heutiger Sicht, im direkten Kontakt mit der in der DDR herrschenden Partei verbindlicher und handgreiflicher möglich zu sein, als durch die multilateralen Kontakte zwischen Regierungen.

Chance und Scheitern des Neubeginns

Dieses von Anbeginn eher unwahrscheinliche Projekt, schien nach langen Gesprächen im Frühjahr 1986 plötzlich möglich, als die SED-Vertreter unter dem Eindruck von Gorbatschows Liberalisierungskonzept den Eindruck erweckten, als seien in der SED Überlegungen im Gange, sich dem Impuls aus Moskau nicht länger zu verschließen. Es war ein Experiment und die sozialdemokratische Seite wollte die Chance beim Schopfe fassen, die SED öffentlich auf das festzulegen, worauf sie in internen Dialogen seit längerem hinaus zu wollen schien.

Das Unproblematischste war dabei noch die Vereinbarung über den Abbau von Feindbildern, die der jeweils anderen Seite die Bereitschaft zu friedlicher Kooperation bestritten, die in der Entspannungspraxis doch täglich zur Voraussetzung des Handelns auf beiden Seiten gemacht wurde. Die SPD-Seite hatte in ihrem Entwurf geschrieben, daß Kritik an Demokratiedefiziten und Menschenrechtsverletzungen im anderen System nicht mehr als Einmischung in innere Angelegenheiten zurückgewiesen werden dürfe, wenn von einem „Wettbewerb der Systeme“ im Ernst die Rede sein soll, daß Kontakte zu gesellschaftlichen Gruppen im anderen System selbstverständliches Recht eines jeden sein müßten und der innere Dialog über die Bilanz der Systeme nicht nur ungehindert möglich sein, sondern auch gefördert werden müsse.

Sie pochte im Textentwurf auf freie Begegnungen über die Systemgrenzen hinweg, auf unbehinderte Verfügbarkeit aller Informationen, auf Freiheit zur Kritik.

All dies ist in dem Papier so, wie es dann schließlich verabschiedet worden ist, keineswegs, wie gelegentlich behauptet wurde, in einer unverbindlichen Sprache formuliert, die von der einen Seite so und von der anderen anders ausgelegt werden konnte. Es ist in vielen einzelnen Bestimmungen präzise bis zu operativen Vorgaben formuliert und so ist es dann ja auch in der DDR selbst von der Opposition zur SED-Herrschaft genutzt und von der SED-Führung selbst alsbald gefürchtet worden.

Den Nerv der geschichtsphilosophischen Legitimationsansprüche der SED-Herrschaft traf der Satz: „Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, daß beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt. Koexistenz und gemeinsame Sicherheit gelten also ohne zeitliche Begrenzung.“ „Gesellschaftssysteme sind nichts Statisches. Sie verändern und entwickeln sich von Land zu Land differenziert auf ihren eigenen Grundlagen ... Das zukünftige Bild der Gesellschaftsordnungen wird sich so von dem heutigen wesentlich unterscheiden.“ Die SED gab damit das Dogma preis, ihr eigenes Gesellschaftssystem sei auch für die andere Seite das verbindliche Modell für die Zukunft und dieser stünde keine andere Zukunft als die der Kapitulation mehr offen. Das Papier räumte mit dem von der SED-Führung seit dem Beginn ihrer Herrschaft praktizierten Grundsatz auf, jede Kritik von außen als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zurückzuweisen und Kritik von innen als Übernahme solcher Einmischungsversuche zu denunzieren. „Kritik, auch in scharfer Form, darf nicht als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite zurückgewiesen werden.“

Das Papier konzedierte, daß es einen inneren Dialog in keinem der Systeme geben kann, der seinen Namen verdient, wenn er nicht durch einen offenen, nicht reglementierten gesellschaftlichen Dialog zwischen den Systemen, den Menschen, Gruppen, Organisationen in ihnen getragen und geführt wird. „Der Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen, Kräften und Personen auf beiden Seiten gewinnt wachsende Bedeutung für die Friedenssicherung und den Wettbewerb der Systeme. Das schließt auch Besuch und Gegenbesuch, die Teilnahme an Seminaren, wissenschaftlichen, kulturellen, politischen Veranstaltungen über die Systemgrenzen hinweg ein.“ Und das Papier bekräftigte mit einer eindeutigen Nuancierung noch einmal, daß der Dialog, ohne den es

keinen „Wettbewerb der Systeme“ geben kann, die ungehinderte Information aller Bürgerinnen und Bürger aus den Publikationen beider Seiten zur Voraussetzung hat. „Der umfassenden Informiertheit der Bürger in Ost und West kommt im Prozeß der Friedenssicherung und des Systemwettbewerbs eine wachsende Bedeutung zu. Dazu müssen die Staaten in beiden Systemen, entsprechend der KSZE-Schlußakte, auf ihrem Territorium die Verbreitung von periodischen und nicht-periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen aus den anderen Teilnehmerstaaten erleichtern.“

Eine neue Phase der Entspannungspolitik

Das Papier wurde von denen in der SPD, die es initiierten und unterstützten als ein Impuls verstanden, der Entspannungspolitik neben der Kooperation und Regierungszusammenarbeit nun eine zweite Säule des Streits, der Auseinandersetzung, der Kritik einzufügen, ohne die erste dadurch in Frage zu stellen. Es galt eine Asymmetrie zu überwinden, die in der Anfangsphase der Entspannungspolitik ihren guten politischen Sinn gehabt hatte, nun aber im Interesse der Legitimation der Entspannungspolitik und damit ihres weiteren Fortgangs an ihre Grenzen gestoßen war. Die kommunistische Seite hatte immer für sich das Recht in Anspruch genommen, schon um der Aufrechterhaltung ihrer inneren Legitimationsgrundlagen willen, ihrer durchaus ernst gemeinten Kooperationspolitik auf den Gebieten der Abrüstung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine scharfe Kritik an den politischen, sozialen und ökonomischen Zuständen im Westen hinzuzufügen. Sie hatte auch immer in Anspruch genommen, zu ihren ideologisch-politischen Partnern im anderen System, vor allem den kommunistischen Parteien und den ihnen verbündeten Organisationen, ausgedehnte offizielle Kontakte zu unterhalten und ideologische und materielle Hilfe für sie bereit zu stellen.

Die Einsicht von Willy Brandt und Egon Bahr am Beginn der 60er Jahre, daß eine Zusammenarbeit zwischen Ost und West, die kurzfristig den betroffenen Menschen nützen und langfristig die Verhältnisse ändern kann, nur möglich sei, wenn politische Grundsatzzfragen zunächst ausgeklammert blieben, hat die Entspannungspolitik erst möglich gemacht. Sie hat die beabsichtigte Wirkung rasch und in verblüffendem Maße gezeigt. Seit aber die kommunistischen Parteien aus abrüstungspolitischen, wirtschaftlichen und legitimatorischen Gründen ein massives Eigeninteresse



am Fortgang der Entspannungspolitik genommen hatten, spätestens seit den frühen 70er Jahren, konnte ihnen zugemutet werden, nun auch der westlichen Seite zuzubilligen, daß sie in ihren Beziehungen zum Osten die politischen Grundsatzzfragen, auf die ihr politisches Selbstverständnis zentral bezogen war, nicht länger ausklammerten, sondern, in produktiven Formen, zum Thema der beiderseitigen Beziehungen machten und gleichzeitig ihre Kontakte zu unabhängigen und oppositionellen Kräften im anderen System offiziellisierten und ausbauten.

Die SPD-Seite war, angesichts so weitreichender Selbstdementierung der ideologischen Legitimationsgrundlage der SED und so weitreichender Dialog- und Öffnungsversprechen, bis ganz zum Schluß der Gespräche neugierig und zweifelnd, wie groß am Ende der Mut der Staatspartei sein würde, sich im Konkreten auf

all das festzulegen und mit der eigenen Unterschrift öffentlich verbindlich zu besiegeln. Natürlich waren Formulierungen wie die, keine Seite dürfe „die Reformfähigkeit des anderen Systems ausschließen“, keine blauäugigen Vertrauensbekundungen, sondern vielschichtige Sonden. Was die westliche Demokratie anbetraf, so ging es um das Zugeständnis der anderen, daß die pluralistische politische Demokratie nicht Tarnkappe der Kapitalherrschaft sei, sondern eine Arena, in der wirkliche Reformen möglich sind. Was das kommunistische System anbetraf, so sollte in delikater Mischung Ermutigung zur Reform und Druck zu Reformen, zur Öffnung und Dialogbereitschaft erfolgen. Freilich war dies in einem von zwei so ungleichen Partnern unterschriebenen gemeinsamen Papier, das ja um den Preis eines völligen Gesichtsverlustes eines der beiden nie zu haben gewesen wäre, immer nur unter

dem Dach der rhetorischen Parität möglich. Wenn paritätisch beide zu Reformen gedrängt wurden, so war im Kontext des Papiers und der einzelnen Festlegungen offensichtlich, wo jeweils welche Art von Reformen fällig war oder eingeklagt wurde. Das wurde in Maßnahmenlisten präzise definiert.

Die gewiß heikle Formulierung von der „Anerkennung der Systeme“ war nicht als Legitimationserklärung gemeint, dem stand ja der ganze Text des Papiers entgegen, sondern im völkerrechtlichen Sinne, so wie es auch in der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa formuliert war. Gemeint war die Zusicherung, daß die notwendigen Veränderungen im anderen System nicht durch das Hineinwirken des einen Staates in den anderen, sondern allein durch innere Entwicklungen in den Staaten selbst erwartet werden dürfe.

Der historische Zeitpunkt

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Papiers war die Hoffnung keinesfalls unrealistisch, daß die SED, so wie Gorbatschow es soeben vormachte, erkennen würde, daß ohne einen Dialog mit dem eigenen Volke noch nicht einmal der Bestand des eigenen Systems gesichert werden könnte. Die Erwartung der SPD war, daß ein offener Dialog in der DDR zwangsläufig zum Einfallstor einer sich selber tragenden Liberalisierung würde, die ihre demokratischen Konsequenzen in dem Maße entfalten müßte, wie eine autoritäre Steuerung im Fortgang des Liberalisierungsprozesses selbst immer weniger möglich würde. So haben es ja dann auch die anderen osteuropäischen Länder vorexerziert, wenn auch rascher und gründlicher, als es zu diesem Augenblick zu erwarten war. Was damals niemand erwarten konnte war, daß die Sowjetmacht die DDR, ihre durch die Leiden des Zweiten Weltkrieges mühsam erworbene Sicherheitsgarantie nach Westen in überschaubarer Zeit preisgeben und damit revolutionäre Änderungen in der DDR zulassen würde.

Hier gilt es, was in der Diskussion fast immer versäumt wird, genau zu unterscheiden. Niemand glaubte, daß das System sich stabilisiert hätte, weil die Bevölkerung sich innerlich mit seiner Existenz ausgesöhnt habe oder gar von seiner Legitimität überzeugt sei. Die Debatten der SPD mit der anderen Seite waren in diesen Fragen stets scharf und ohne falsche Nachsicht. Aber wer 1986 oder 1987 realistisch war, mußte annehmen, daß die Sowjetmacht die Existenz der DDR in für sie beeinflusbarer Form mit ihren Machtmitteln garantieren würde, wie immer die Bevölkerung zu ihr stehe, gemäß dem Gesetz, nach dem die DDR geschaffen und bis dahin erhalten worden war.

Die Wirkungen

Wenige Wochen vor dem Besuchstermin Honeckers in Bonn akzeptierten die Vertreter der SED den Entwurf mit geringfügigen Änderungen. Die SPD war trotz aller Erwartungen kräftig überrascht. Daß Honecker sich mit ihm für seinen Empfang in Bonn zusätzlich polstern wollte, erschien eher als eine Frage des Zeitpunktes, denn die Selbstverpflichtung, die die SED riskiert hatte, würde ja in der Welt bleiben über den Termin hinaus.

Der Empfang, der dem Papier nach seiner Veröffentlichung in den Bürgerrechtsgruppen zuteil wurde, mit denen seine SPD-Autoren Kontakt hatten, und zumal in den Kirchen, bestätigte die Erwartungen und Hoffnungen der SPD unzweideutig. Das Papier wurde als mögliche Verfassung für den Beginn eines Dialogs zwischen Partei und Volk begrüßt, der einen wirklichen Neuanfang verhielt. Überall in der DDR begannen sich Bürgerrechtler und Dissidenten, Kirchenvertreter und auch reformwillige Kräfte in der SED selbst in ihrem Verlangen nach einem ernstgemeinten freien und selbstkritischen Dialog auf das Papier zu berufen.

Wir wissen alle, wie die Geschichte weiterging.

Die SED bekam sehr schnell Angst vor der eigenen Courage und dementierte schon zwei Monate nach der Veröffentlichung in einer doktrinären Rede, die Kurt Hager in alter Engstirnigkeit und Engherzigkeit mit drohenden Tönen hielt, wesentliche Inhalte des gemeinsamen Papiers. Die Praxis der SED tat ein übriges. Verschärfte Repression, Willkür und Dialogverweigerung beherrschten wieder das öffentliche Klima. Die Grundwertekommission der SPD ließ im Frühjahr 1988 ein zweites Papier folgen, in dem sie die Dinge in scharfer Sprache beim Namen nannte. Sie klagte die SED an, daß ihre innere Praxis das Gegenteil von Dialogpolitik sei. Natürlich hatten die sozialdemokratischen Gesprächspartner mit dieser Möglichkeit gerechnet und natürlich standen die Chancen, daß es so kommen würde, von Anfang an mindestens genau so hoch wie die, daß die Dinge nun anders würden. Aber auch das verpflichtete in jedem Fall zu dem Versuch, die Chance, daß es anders würde, ein wenig zu verbessern.

Es ist wohl kaum Schönfärberei im Spiel, wenn heute festgestellt wird, daß das Papier es der SED ein gut Stück schwerer gemacht hat, ihre Politik der Dialogverweigerung im Inneren ohne größeren Widerspruch durchzusetzen. Und vieles spricht dafür, daß die Dialoghoffnungen und die Reformervorstellungen, die das Papier innerhalb der SED selbst ausgelöst hat, einen spürbaren Beitrag zur Verunsicherung innerhalb der Staatspartei geleistet hat, die letztlich dazu führte, daß der tönernen Koloß zusammenbrach, als die Partei – mit

ihrem Volk ohne Existenzgarantien der Sowjetmacht allein gelassen – schließlich mit gesenktem Haupt von der Bühne abtrat, statt ihre Zuflucht in einem brutalen Schlag nach chinesischem Muster zu suchen.

Noch einmal: aus heutiger Sicht

Gegen das Papier ist von Kritikern eingewandt worden, es habe auf der Illusion beruht, der ökonomische Zustand der DDR sei stabil und insofern auf Prämissen aufgebaut, die der wirklichen Lage in keiner Weise entsprachen. Propagandistische Vereinfacher vergessen allerdings, daß auch eine genaue Kenntnis des ökonomischen Zustands der DDR eine vertretbare Alternative zur Entspannungspolitik nicht hätte begründen können. Gerade dann wären das Drängen auf Liberalisierung und Demokratisierung, die Fortsetzung der politischen Kooperation die einzig verantwortbare Politik gewesen, wenn man nicht auf seiten der kommunistischen Machthaber die gerade dann nahe liegende Neigung verstärken wollte, den letzten Ausweg aus der Sackgasse in Selbstisolation und offener Gewalt zu suchen.

Es spricht nichts dafür, daß der Kommunismus durch eine Politik der konsequenten Isolierung und der Konfrontation früher zusammengebrochen wäre. China konnte nur wagen, seine Demokratiebewegung niederzuwalzen, weil es unvergleichlich stärker als die DDR außenpolitisch isoliert war. In Europa hätte konsequente Abgrenzung die kommunistische Herrschaft eher stabilisiert, weil sie die Aufrechterhaltung der Feindbilder erleichtert hätte.

Die SED-Führung war reformfeindlicher als andere kommunistische Parteien. Trotzdem lag der Schlüssel für grundlegende Veränderungen in Moskau. Dadurch waren die Spielräume der Oppositionsgruppen in der DDR gering, zumal es für sie im Unterschied zu den Oppositionsbewegungen in den anderen kommunistischen Diktaturen keine Berufung auf eigenständige nationale Traditionen gab. Die Chancen und Spielräume dieser Gruppen sollten im Nachhinein nicht überschätzt werden.

Das Papier war der Versuch, die Entspannungspolitik auf der Basis der durch sie bis dahin möglich gewordenen Veränderungen mit einem weitergehenden Schritt gesellschaftlicher Beziehungen zwischen den Systemen und der Verknüpfung des inneren Dialogs mit dem Dialog zwischen den Systemen voranzutreiben. Es wollte in einer Weise, die den Entspannungsprozeß selbst nicht gefährden konnte, die eigentlich moralisch-politischen Anliegen der westlichen Seite – Demokratie, Menschenrechte und Pluralismus – stärker zur Geltung bringen durch Kritik und Unter-

stützung von Kräften im anderen System, die diese Grundwerte teilten. Und es wollte im Westen deutlicher machen, daß konsequente Entspannungspolitik gerade nicht die Abkehr von den Grundprinzipien der politischen Moral des Westens darstellte, sondern die Voraussetzung dafür, ihnen im möglichen Maße im Osten zur Geltung zu verhelfen.

Die SED war zu den Reformschritten, zu denen sich andere kommunistische Parteien in Osteuropa entschlossen haben, nicht mehr in der Lage. Der Versuch, sie auf diesen Weg zu drängen und gleichzeitig die Hindernisse beiseite zu räumen, die sie davon abhielten, ist auch im Nachhinein der richtige Schritt zum damaligen Zeitpunkt gewesen. Das Papier hat den Untergang des SED-Regimes eben nicht aufgehalten, sondern mit den geringen Mitteln, die auf diesem Wege möglich waren, einen Beitrag dazu geleistet, daß dessen Verunsicherungen am Ende so groß waren, daß die Kräfte, die ein Blutbad riskiert hätten, sich noch nicht einmal mehr auf die eigene Partei verlassen konnten.

Fragen an eine „Kirche im Sozialismus“



Axel Noack
Pfarrer in Wolfen

Spätestens seit Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe mit acht Mitsreitern vor die Öffentlichkeit getreten ist, um darzutun, wie Kirche in der DDR gelebt hat, welche krummen Wege und konspirativen Kontakte nötig waren, um den Menschen des Landes und unserer Kirche „Freiräume“ zu erstreiten und „etwas zu bewirken“, scheint es völlig vermessen, beschreiben zu wollen, was „Kirche im Sozialismus“ für uns gewesen ist. Der Vorwurf der „Kumpanei“ hat neuen Auftrieb erfahren. Und wenn dann auch noch langsam deutlich wird, wie diese Kirche von westlicher (kirchlicher, aber auch staatlicher!) Finanzaufwendung abhängig war, muß ein völlig schiefes Bild von der „Kirche im Sozialismus“ entstehen.

Steht zu hoffen, daß wir die Aufrichtigkeit gewinnen; uns wirklich Rechenschaft zu geben. Thesenartig seien einige Fragen genannt, die dabei nicht fehlen dürfen.

Wie frei ist heute von „Sozialismus“ zu reden?

Bei uns im Osten sollen selbst neugegründete SPD-Gruppen gefordert haben, eine „August-Bebel-Straße“ umzubenennen, weil das „so ein Sozialist“ gewesen sein muß. Solche Zeiten sind schwerlich geeignet, unvoreingenommen über „Sozialismus“ und somit auch über eine „Kirche im Sozialismus“ zu streiten. Eine Diskussion, die einen „antisozialistischen Sauberkeitsnachweis“ (1) voraussetzt, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Daran ist nicht zu rütteln: „Sozialismus“ bzw. „sozialistisch“ waren vielbenutzte Vorzugsvokabeln im östlichen deutschen Staat. Alle Lebensbezüge wurden damit bedacht. Angefangen beim „sozialistischen Staat“ und seiner „sozialistischen Verfassung“, über die „sozialistische Menschengemeinschaft“ bis hin zur „sozialistischen Lebensweise“. Man vervielfachte nur die hierzulande auch nicht gerade seltene Rede von der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, und man hat einen leisen Eindruck von der Inflation des „Sozialismus“ in der DDR.

In diesem Kontext wird vielleicht verständlich, wie

„Sozialismus“ wirklich so etwas wie eine „Ortsbestimmung“ auch für die Kirche werden konnte. Allerdings – und das ist wichtig – eine Ortsbestimmung, die den Ort ihrer Bestimmung in seinem Selbstverständnis ernstnahm. Dazu ein ähnlich gelagertes Beispiel: 1957, als es im Westen noch verpönt war, „DDR“ statt „Zone“ oder „SBZ“ zu sagen, erschien die für die Christen in der DDR so wichtige kleine Schrift von Johannes Hamel „Christ in der DDR“ (2). Sie durfte nur im Westen gedruckt werden und enthält, gewissermaßen als erklärende Entschuldigung, folgende Erläuterung des Titels:

„Es wird in dieser Schrift grundsätzlich die Bezeichnung DDR als Abkürzung des Namens 'Deutsche Demokratische Republik' verwendet. Mit dem Gebrauch dieser Abkürzung soll ausgedrückt werden, daß es dem Verfasser darauf ankommt, die über ihn gesetzte Obrigkeit in ihrem Selbstverständnis ernstzunehmen.“

Die westliche Entsprechung zur „Kirche im Sozialismus“ wäre also nicht etwa eine „Kirche im Kapitalismus“, sondern – und das liegt so fern nicht – eine Kirche, die den demokratischen Rechtsstaat in seinem Selbstverständnis ernstnimmt. (3) Das Problematische an der Formel liegt meines Erachtens nicht in der Bezugnahme auf den „Sozialismus“, auch wenn das heute so scheinen mag.

„Kirche im Sozialismus“ – eine kleine Ohnmachtsformel

Die Formel gehört – nicht nur hinsichtlich des Zeitpunktes ihrer Entstehung (1971 bis 1973) – ganz unmittelbar zur Geschichte unseres Kirchenbundes und bildet in sich die Problematik der Entstehung dieses Kirchenbundes ab. Der Bund konnte – so meine These – nur gegründet werden, weil eine große Koalition unterschiedlicher, ja, gegensätzlicher Motive in den Landeskirchen schließlich mehrheitsfähig war. Stark verkürzt lassen sich diese Motive mit den Namen der Hauptakteure der Bundesgründung benennen: Albrecht Schönherr und Moritz Mitzenheim. Der volkmissionarisch und theologisch konservativ geprägte Thüringer Bischof Mitzenheim vertrat eine opportunistische Haltung zu staatlicher Obrigkeit, die seinem Verständnis der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre entsprang. Er entsprach damit – sicher nicht ungewollt! – lautstarken Forderungen von Partei, Regierung und Ost-CDU auf Loslösung von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die seit dem Abschluß des Militärseelsorgevertrages (1957) erhoben wurde. Mitzenheims Feststellung von 1968 drückt das aus: (4)

„Die Mitglieder der Kirchen sind Bürger unserer

Deutschen Demokratischen Republik. Die Gemeinden und Kirchen, die Anstalten und Werke der evangelischen Kirchen sind Organismen und Einrichtungen auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik, und sie wissen sich zur Beachtung der Gesetze unseres Staates bei der Gestaltung ihrer eigenen Strukturen und Ordnungen verpflichtet. Die Staatsgrenzen der Deutschen Demokratischen Republik bilden auch die Grenze für die kirchlichen Organisationsmöglichkeiten.“

Daß besonders der letzte Satz staatlichen Beifall fand, ist daran abzulesen, daß er Eingang in den offiziellen Kommentar zur neuen DDR-Verfassung von 1968 fand. (5)

Für den berlin-brandenburgischen Bischof Schönherr, der immer wieder betonte, daß es „auf der Landkarte des lieben Gottes keine weißen Flecke“ gäbe, stand dagegen die bewußte Annahme der uns und unserer Kirche von Gott verordneten Situation im Vordergrund. In diese Situation hatte die Kirche „einzuwandern“. Schönherr stand damit in der theologischen Tradition derer, die nicht zulassen wollten, die DDR als ein „gottverlassenes Land“ und eben nicht als unter der Herrschaft Gottes stehend zu betrachten.

Letztlich wurde die „Koalition“ beider Motive zur Bedingung für die Möglichkeit der Bundesgründung. Für sich genommen wäre wohl keine der beiden Positionen in den Kirchen der DDR mehrheitsfähig gewesen. In der Formel „Kirche im Sozialismus“ bildet sich diese „Koalition“ erneut ab. Die Formel ist so etwas wie der größtmögliche gemeinsame Nenner. Ihre bewußte Unschärfe gibt die Möglichkeit vielfältiger Ausdeutung und Akzentsetzung, bringt aber auch die Nötigung zu dauernder Auslegung und Rechtfertigung mit sich. Es gehörte dann zum Ritual der Bundessynodaltagungen, daß ihr alljährlich ein neuer, meist wortreicher und in verräterisch komplizierter Sprache gehaltener Versuch der Konferenz der Kirchenleitungen präsentiert wurde, das Festhalten an der Formel zu begründen und Deutung für die Gegenwart zu geben. Dabei mußte der Mißdeutung einer Kirche „für den Sozialismus“ widersprochen werden, ohne staatliche Stellen zu sehr zu verärgern. Also eine immerwährende Grätwanderung, über die wir hoffentlich einmal befreit werden lachen können.

Allerdings, die Fixierung auf diese Formel offenbarte auch eine nicht zu leugnende Ohnmacht: Seit dieser Zeit war unsere Kirche nicht mehr in der Lage, grundlegende, synodal verantwortete Aussagen zum Leben des Christen in unserem Land zu machen. Im Kirchenbund war solches – im Unterschied zu den sechziger Jahren mit ihren „Handreichungen“ (1957/59) und den „Zehn Artikeln“ über „Dienst und Freiheit der Kirche“ (1963) – nicht mehr möglich bzw. es blieb auf ei-

genverantwortete Beiträge von einzelnen (Schönherr, Falcke, Jacob u.a.) oder auf Synodaläußerungen zu Einzelfragen (z.B. Friedensfrage) beschränkt. Das ist schon eine erstaunliche Erfahrung der DDR-Zeit, daß wir als Kirche in den Zeiten starker äußerer Bedrängnis irgendwie viel freier und theologisch klarer waren als Zeiten, da immerfort der Geist des 6. März 1978 beschworen wurde.

Wollte die SED eine „Kirche im Sozialismus“?

Glaubt man heutigen Kritikern, haben die Kirchen der DDR der SED nach dem Munde geredet, als sie sich selbst als „Kirche im Sozialismus“ verstanden. Es lohnt sich, dieser Frage genauer nachzugehen, zumal sich derzeit etliche neue Quellen aus bisher unzugänglichen Archiven erschließen lassen.

Im Jahre 1971 hatte sich das damals für Kirchen zuständige Politbüromitglied Paul Verner in einer programmatischen Rede zu Kirchenfragen geäußert: (6)

„Es liegt uns fern, uns etwa in die theologischen Angelegenheiten der Kirchen einzumischen. Gerade im Hinblick auf gewisse bösartige Interpretationen unserer gemeinsamen Gegner hinsichtlich des Verhältnisses von Staat und Kirche sowie des eignen Weges der Kirchen der DDR, möchte ich, ausgehend von unserer prinzipiellen Stellung zu Religion und Kirche, mit aller Deutlichkeit erklären: Es hat zwar eine Verpreußung der evangelischen Kirchen und eine nationalistische, ja sogar faschistische Verfälschung der christlichen Botschaft gegeben – eine ‚Sozialisierung‘ der christlichen Lehre hat es bisher nicht gegeben und wird es auch in Zukunft nicht geben.“

Das war noch vor der Festlegung unserer Kirchen auf die Formel „Kirche im Sozialismus“ so gesagt worden. In die innerkirchliche Debatte, die von der CDU mit dem schönen Wort „Standortfindung“ bedacht wurde, griff die SED indirekt ein, als Politbüromitglied Albert Norden in seinem Grußwort an den CDU-Parteitag von 1972, eingebettet in ein Loblied auf die Treue der CDU, folgende Aussage machte: (7)

„Ihr Wille und Ihre Haltung werden daran sichtbar, daß Sie – ohne Bekenner der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu sein – den Sozialismus bejahen, daß Sie von den Aussagen Ihres Glaubens und Ihrer Ethik aus einen schöpferischen Beitrag zur Festigung der sozialistischen Ordnung, insbesondere auch in der Menschenbildung, leisten. ... Und wir sagen: Wer so seine gesellschaftliche und geistige Entscheidung gefällt hat und sie tagtäglich in der Praxis unseres Lebens nachvollzieht, der hat seinen festen Platz in unserer Gemeinschaft, und der wird auch in der Zukunft in unserer Gesellschaft seine Heimat haben

(Beifall). Es ist dies der Platz sozialistischer Staatsbürger christlichen Glaubens, die alle ihre geistigen und sittlichen Kräfte dem Kampf des Volkes zur Verfügung stellen, und es ist dies die Heimat aller werktätigen Menschen, die unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse in fester politisch-moralischer Einheit verbunden sind.“

Unmittelbar nach dem Parteitag begann die CDU damit, allerorten diese Formel vom „sozialistischen Staatsbürger christlichen Glaubens“ zu propagieren. Die Zielrichtung ist eindeutig: Der christliche Glaube wird auf Motivsetzung reduziert. Kirche selbst hat als gesellschaftliche Größe keine eigene Funktion. Dem entspricht, daß der Kirche ein Mandat, sich zu gesellschaftlichen Fragen zu äußern, immer abgesprochen wurde.

Zu massiven staatlichen Einsprüchen kam es schon anläßlich der Dresdener Tagung der Bundessynode (1972), wo Heino Falcke im Hauptreferat vom „verbesserlichen Sozialismus“ gesprochen hatte. (8) Eine Kirche, die sich in die Gestaltung des Sozialismus einmischte, war den „Organen“ des Staates viel verdächtiger und suspekter als jeder noch so konservative Schwarzrock.

Wenige Jahre später gibt es zum Beispiel bei der Diskussion um die Einführung des Wehrkundeunterrichts in den allgemeinbildenden Schulen die strikte Anweisung des Staatssekretärs für Kirchenfragen, daß Pfarrer nur für die eigenen Kinder eintreten dürfen: (9)

„Wenn sich Bürger aus sogenannten religiösen Gründen an die staatlichen Organe wenden, wird es dem Schuldirektor zur Erledigung übergeben, wobei eindeutig sein muß, daß es sich um Bürger handelt, deren Kinder an der betreffenden Schule sind (auch bei Geistlichen).“

Unsere Kirche hat die Formel vom „sozialistischen Staatsbürger christlichen Glaubens“, die von der CDU bald um den „sozialistischen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ ergänzt wurde, nie akzeptiert. Die Eindeutigkeit der Beschränkung des christlichen Glaubens auf eine motivierende Nebensächlichkeit war allzu deutlich. (10) Später hat sogar die CDU diese Formel wieder fallengelassen.

Im Zusammenhang mit dem berühmten Staat-Kirche-Gespräch vom 6. März 1978 greift dann Honecker selbst die Formel von der „Kirche im Sozialismus“ auf. In parteiinternen Informationen (11) zur Auswertung besagten Gesprächs, das u.a. auch „zur weiteren Polarisierung der Kirchen führen und die progressiven Kräfte stärken“ würde, finden sich – in Wiedergabe eines Referates von Paul Verner – vor Funktionären folgende Stichpunkte:

„– Besondere Aufmerksamkeit wird den Feststellungen des Genossen Honecker gewidmet, daß die Kirchen als



Kirchen im Sozialismus eine hohe Wertschätzung für die humanitäre Hilfe der Kirchen in der DDR in Not leitende (!) und um ihre Befreiung kämpfenden Völker.

– Es wird hervorgehoben die Wertschätzung und großzügige Unterstützung der diakonischen Kirchen der DDR durch unsere staatlichen Organe.“ (12)

Die nicht eben „verbraucherfreundliche“ Sprache des Zitats macht mindestens deutlich, daß auch hier –

bei aller „Wertschätzung“ – eine starke Einschränkung kirchlichen Handelns besonders auf den Bereich der Diakonie gewünscht wird. Das wird auch an den folgenden knallharten Aussagen deutlich: (13)

„In der DDR ist die Trennung von Staat-Kirche prinzipiell verwirklicht.

– Von kirchlichen Kreisen wird oft das Problem der Partnerschaft aufgeworfen ...

– Manchmal wird gefordert, daß der Staat die Kirche als Partner anerkennen möge.

– Aber gutes und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Staat und Kirche hat nichts zu tun mit Partnerschaft.

– Unser Entgegenkommen und Verständnis gegenüber den Kirchen hat seine Grenzen dort, wo sie als Partner gegenüber dem Staat auftreten, sich einzumischen versuchen.“

Oben Cocktail und unten Magenbitter?

In der zitierten innerparteilichen Anleitung zur Auswertung des 6. März 1978 setzt sich Paul Verner auch mit dem damals lautgewordenen Vorwurf auseinander, daß die Kirche im Sozialismus nur für „die da oben“ gut sei. Bischof Schönherr hatte seinen Beitrag am 6. März mit den immer wieder zitierten Worten geendet: (14)

„Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger vor Ort erfährt.“

Bei Paul Verner liest sich das so: (15)

„– Natürlich: Kirchenleute übertreiben, wenn sie auf oben und unten verweisen.

– Sie sagen, oben wird Cocktail getrunken, unten gibt es Magenbitter.

– Das Gespräch macht vertikale offene Fragen sichtbar.

– Wir werden der Absicht der Kirchen entgegenzutreten, zwischen oben und unten, zwischen staatlichen Leitungen zu differenzieren.

– In der Vertikale besteht eine bedeutende Grundbedingung für geordnete Beziehungen zwischen Staat und Kirche.“

Für die Christen in den Kirchgemeinden konnte also die „Kirche im Sozialismus“ durchaus unterschiedliche, ja, gegensätzliche Bilder ergeben. Zwei meiner Fotos, beide vom März 1987, können das verdeutlichen:

Das erste Foto zeigt die imposante Außenansicht des restaurierten Berliner Doms. Der stellt etwas dar und kann sich sogar neben dem „Palast der Republik“ sehen lassen. (Nebenbei: Daß die gesamte Reparatur mit westlichem Geld bezahlt worden war, wurde zwar nicht gerade verschwiegen, aber auch nicht sonderlich betont – Kirche im Sozialismus!)

Das zweite Foto ist die Reproduktion eines kleinen Dokuments. Eine Frau aus unserer Gemeinde, deren Mann verstorben war, hatte versucht in unserer Tageszeitung eine Traueranzeige aufzugeben. Sie erhielt die Annonce zurück mit dem schriftlichen Vermerk: „Bitte wählen sie einen anderen Spruch aus, da der religiöse Satz („Der Gnade Gottes empfohlen“) nicht veröffentlicht wird.“

„Kirche im Sozialismus“, stellte sich in der Ortsge-

meinde oft anders dar als für die in mancherlei Hinsicht privilegierte kirchliche Leitungsebene.

„Kirche im Sozialismus“ – auch eine Generationenfrage?

Als sich die Kirchen auf die Formel verständigten, geschah das zu einem Zeitpunkt, der heute als Ost-West-Entspannungsphase bewertet wird (neue Ostpolitik, Verträge in Moskau und Warschau, Vierseitiges Abkommen über Berlin etc.). Überhaupt gehören diese Jahre in eine „linke“ Stimmungslage, in der man durchaus auch innerhalb der Kirchen von einer großen Aufgeschlossenheit bis hin zu mancherlei Euphorie dem Sozialismus gegenüber sprechen kann. Außerdem konnte mit „Sozialismus“ ja auch der Prager Frühling bezeichnet werden. Die Kirchen hatten nur langsam eine positive Stellung zum Sozialismus gewonnen. 1958, in dem berühmt-berüchtigten „Kommuniqué“ zwischen Staat und Kirche wird noch davon gesprochen, daß die Kirchen den Aufbau des Sozialismus „respektieren“. (16)

Im erwähnten Verfassungsbrief aus Lehnin von 1968 wird Sozialismus als „eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens“ beschrieben, die es allerdings erst noch zu verwirklichen gilt. (17) Wesentlich scheint allerdings, daß solche Positivwertung von Vertretern einer Generation vorgenommen wurde, die schon bewußt den Mauerbau erlebt und damit sich irgendwie auch zum Bleiben in der DDR entschieden hatte. Zwanzig Jahre später – wir haben damals scherzhaft von einem „prä- und einem postmuralen“ Bewußtsein gesprochen – war eine Generation herangewachsen, die keine freie Entscheidung über Gehen oder Bleiben hatte treffen können.

Außerdem schien auch die SED ideologisch den Versuch aufgegeben zu haben, den Sozialismus als „Gestalt eines gerechteren Zusammenlebens“ zu verstehen. Westgeld, Intershops und Delikatläden prägten das Bild des Sozialismus. In den Kirchen sprach man von „ideologischer Windstille“, die zwar von jedem Bürger politisches Wohlverhalten verlangte, aber ansonsten die Menschen nicht mehr in den Herzen bekehren wollte, wie es etwa in den fünfziger Jahren der Fall war, als noch FDJ-Brigaden Hausdächer bestiegen, um die Fernsehantennen von den Einflüsterungen des Klassenfeindes wegzudrehen.

So nimmt es auch nicht Wunder, daß die erste wirkliche Infragestellung der Formel „Kirche im Sozialismus“ durch die nachgewachsene Generation geschah. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hatte zu ihrer Klausurtagung im März 1986 eine Delegation der kirchlichen Jugendarbeit nach Bad Saarow

eingeladen, die einen Bericht über die Situation der kirchlichen Jugendarbeit geben sollte. Am meisten Verwunderung rief die übereinstimmende Feststellung der Jugendpfarrer hervor, daß mit der Formel „Kirche im Sozialismus“ in der Jugendarbeit nichts mehr anzufangen sei. Im Nachgang setzen dann auf kirchenleitender Ebene zahlreiche Rechtfertigungs- und Interpretationsversuche ein, diese Formel mit Leben zu erfüllen.

Das Gespräch von Bad Saarow spiegelt sich im Herbst des Jahres im Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen vor der Bundessynode wider: (18)

„Gerade in Konflikten wird Gemeinschaft erfahrbar, im Aushalten von Konflikten erweist sich die Lebendigkeit einer Gemeinschaft ... Das Gespräch der Konferenz der Kirchenleitungen mit der Kommission für kirchliche Jugendarbeit ... hat dies erneut deutlich werden lassen. Die Diskussion zur Formel ‚Kirche im Sozialismus‘, die den Ort und den Auftrag der Kirchen in unserem Land in kurzer Form zu beschreiben versucht, machte Konflikte deutlich und bot die Chance, auch kontroverse Standpunkte zu artikulieren. Wenn auch generationsbedingte unterschiedliche Standpunkte keine Annäherung erfahren, so ist doch allen Teilnehmern an diesen intensiven Gesprächen deutlich geworden, daß die inhaltliche Ausfüllung der Formel ‚Kirche im Sozialismus‘, will sie auch künftig eine Hilfe für Zeugnis und Dienst unserer Kirche sein, nur durch Erfahrungen ‚vor Ort‘ erfolgen kann.“

An Versuchen der „inhaltlichen Ausfüllung“ hat es nicht gefehlt, aber das Ende der Formel war eingeläutet, auch wenn das 1986 noch nicht so klar zu bemerken war. Die gleiche Synodaltagung sprach sich für konziliaren Prozeß und ökumenische Versammlung aus. Innerhalb dieses Prozesses spielte die Bezeichnung als „Kirche im Sozialismus“ nur noch eine untergeordnete Rolle.

„Kirche im Sozialismus“ und die Gruppen

Es ist noch einmal auf die Gründungsgeschichte des DDR-Kirchenbundes zurückzukommen: Wichtiger äußerer Anlaß dafür wurde die DDR-Verfassung von 1968. Sie erhob die „führende Rolle der Partei“ ausdrücklich zum Verfassungsgrundsatz. Auffällig ist, daß in dem erwähnten Brief (19) der acht evangelischen Bischöfe am Verfassungsentwurf zwar allerlei Kritik geübt wird, aber gerade diese einschneidende Veränderung keine Erwähnung (mehr) findet. Beruht – so wird nun zu fragen sein – „Kirche im Sozialismus“ nicht auf der stillen, aber doch allgemeingültigen Verabredung: „Die Machtfrage im Lande ist entschieden. Wir werden

versuchen, auf dem Hintergrund der entschiedenen Machtfrage Kirche für die Menschen zu sein.“?

Als Ende der achtziger Jahre kleine Gruppen sich nicht mehr an diese stille Absprache halten wollten, wurden sie auch innerhalb unserer Kirche zunehmend als störend empfunden. Die verschiedenen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen innerhalb (und „am Rande“ der Kirche) haben sich nicht mehr für die Formel „Kirche im Sozialismus“ und deren Interpretation interessiert. Sie stellten einfach den „hinter“ der Formel geltenden stillen Konsens über die entschiedene „Machtfrage“ in Abrede. Deshalb mußte das Thema „Kirche und Gruppen“ so einen wichtigen Stellenwert für uns erhalten und etliche Aktenordner mit Positionspapieren füllen.

Aber: Bei aller Kritikwürdigkeit im einzelnen und bei vielen Fragen, denen wir uns heute stellen müssen, ist doch deutlich geblieben, daß sich die Kirche von den Gruppen, auch nicht von den unbequemen Gruppen, hat trennen lassen. An Versuchen dazu hat es staatlicherseits nicht gefehlt. Vielleicht ist das der letzte Hinweis darauf, daß unsere Kirche nicht einfach als opportunistisch und stasigesteuert beschrieben werden kann, auch wenn sie sich als „Kirche im Sozialismus“ verstanden hat.

Kritische Rückschau auf den Weg unserer Kirche im Sozialismus dürfte jetzt gemeinsame Aufgabe für die wiedervereinigte Evangelische Kirche in Deutschland sein. Denn – so meine kühne Vermutung nach zweijährigem Einblick in die Kirche im „realexistierenden Kapitalismus“ – so grundverschieden ist hierzulande die Problematik und die mögliche Gefährdung von Kirche nicht. Vor allem: Die theologischen Grundmuster zur Bewältigung der Situation tragen deutlich vergleichbare Züge. Auch eine Kirche, die zwar nicht um „Freiräume“ kämpfen muß, dafür aber um ihre gesellschaftliche Stellung besorgt ist, die zwar Staat und Geheimpolizei nicht so sehr fürchtet, sich aber durch den Zwang zu parteipolitischer Ausgewogenheit dauernd einengen läßt, auch diese Kirche steht in der Gefahr ungehorsam zu werden und „Gottes kräftigen Anspruch auf unser ganzes Leben“ (20) institutioneller Bestandsicherung zu opfern.

(1) Formulierung von Joschka Fischer, Spiegel Nr. 2 vom 11. 1. 1993, S. 27

(2) Hamel, Johannes, Christ in der DDR, Berlin 1957

(3) Vgl. die EKD-Denkschrift „Kirche und freiheitliche Demokratie“ – Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe, 1985

(4) Moritz Mitzemheim auf der Bürgervertreterkonferenz in Weimar am 29. 2. 1968 in Anwesenheit Walter Ulbrichts, in: Kirchliches Jahrbuch, Bd. 95 (1968), Gütersloh 1970

- (5) *Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik – Dokumente, Kommentare, herg. v. Klaus Sorgenicht u.a., Berlin 1969, Bd. II, Kommentar zu Artikel 39, S. 173*
- (6) *Verner, Paul, Gemeinsam auf dem guten Weg des Friedens und des Sozialismus – Rede zum 10. Jahrestag des Gespräches vom 9. 2. 1961, in: Paul Verner und Gerald Götting: Christen und Marxisten in gemeinsamer Verantwortung, Berlin 1971, S. 37*
- (7) *Norden, Albert, Grußwort an den CDU-Parteitag in Erfurt, in: 13. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Erfurt 11. bis 14. Oktober 1972, Bulletin 1, hrsg. v. Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Berlin 1972, S. 160*
- (8) *Falcke, Heino, Christus befreit – darum Kirche für andere, Referat zum Hauptthema der 4. Tagung der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 30. 6. bis 4. 7. 1972 in Dresden, Maschinenschrift, vervielfältigt*
- (9) *aus: Information über eine Anleitung beim Staatssekretär für Kirchenfragen zu Fragen der Vorbereitung und Einführung des Faches „Sozialistische Wehrerziehung“ für die 9. und 10. Klasse der POS, maschinenschriftliches Exemplar vom 8. 6. 1978, in: Landesparteiarchiv Landesverband Sachsen-Anhalt der PDS, Archiv-Nr.: IV/D-2/14/477, Blatt 145–148, Zitat: Blatt 148*
- (10) *Vgl. die Kritik von Günter Jacob, die allerdings zu DDR-Zeiten nur in Handarbeit vervielfältigt werden konnte: Jacob, Günter: Weltwirklichkeit und Christenglaube – Wider eine falsche Zweireichelehre, Stuttgart 1977*
- (11) *Die folgenden Zitate aus: „Information über den Inhalt und die Festlegungen des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorstand der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6. März 1978“ vom 30. 3. 1978, in: Landesparteiarchiv Landesverband Sachsen-Anhalt der PDS, a.a.O., Blatt 097–121*
- (12) *vgl. auch folgendes Zitat: „Honecker: Den Kirchen als Kirchen im Sozialismus eröffnen sich heute und künftig viele Möglichkeiten des Mitwirkens an den zutiefst humanistischen Zielen.“, in: Landesparteiarchiv Landesverband Sachsen-Anhalt der PDS, a.a.O., Blatt 99*
- (13) *Landesparteiarchiv Landesverband Sachsen-Anhalt der PDS, a.a.O., Blatt 109*
- (14) *Vgl. Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen über das Gespräch vom 6. März 1978, in: Kirchliches Jahrbuch, Bd. 105 (1978), Gütersloh 1982, S. 348f.*
- (15) *Landesparteiarchiv Landesverband Sachsen-Anhalt der PDS, a.a.O., Blatt 112*
- (16) *Vgl. Communiqué vom 21. 7. 1958, in: Kirchliches Jahrbuch, Bd. 85 (1958), S. 142*
- (17) *Schreiben der Bischöfe der Konferenz Ev. Kirchenleitungen der DDR an den Staatsratsvorsitzenden, in: Kirchliches Jahrbuch, Bd. 95 (1968), S. 181*
- (18) *Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, erstattet auf der 2. Tagung der 5. Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR, 19. bis 23. September 1986 in Erfurt, Maschinenschrift, vervielfältigt, 35 Seiten, Zitat S. 11*
- (19) *Vgl. Anmerkung Nr. 17*
- (20) *Vgl. These 2 der „Theologischen Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen vom 29. bis 31. Mai 1934“*

SED und Blockparteien – Das System der Parteiherrschaft in der ehemaligen DDR



Professor Dr. Gert-Joachim Glaebner
Institut für Politikwissenschaft
Humboldt-Universität zu Berlin

Als die Volkskammer der DDR am 1. Dezember 1989 aus dem Artikel 1 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik den Passus entfernte, der den Führungsanspruch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verankerte, endete rechtlich eine Ära der Politik, die von der Dominanz einer selbsternannten Avantgardepartei bestimmt war. Das „vertrauensvolle Bündnis“ zwischen der marxistisch-leninistischen Partei und den Parteien des „Demokratischen Blocks“ wurde auch formal aufgekündigt. Alle Blockparteien traten aus der „Nationalen Front“ aus und tauschten ihre Führungen aus. (Nur Manfred Gerlach, zu dieser Zeit amtierender Staatsratsvorsitzender, blieb bis zum Februar 1990 Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands.)

Alle Parteien suchten nach neuen programmatischen Orientierungen. Sie strichen das Bekenntnis zum Sozialismus. Damit versuchten sie, vergessen zu machen, daß sie mit einer ähnlichen Erblast leben mußten wie die SED, die sich im Dezember in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (SED-PDS) umbenannte.

Nur wenige Monate später, zu den Volkskammerwahlen im März 1990, präsentierten sich die traditionellen Parteien der DDR in einem neuen programmatischen Gewand. Es ist erstaunlich, in welcher kurzen Zeit – zumindest äußerlich – sie sich zu Parteien westlichen Typs mauserten. Sie verzichteten darauf, sich als Vertreter bestimmter ideologischer Konzepte oder als Repräsentanten bestimmter sozialer Gruppen zu verstehen. Ideologische Orientierungen wurden verdrängt. An die Stelle trat der Versuch, die Ablösung von der eigenen belasteten Vergangenheit durch möglichst schnelle und unauffällige Anpassung an das Muster westlicher Allerwelts- („catch-all-parties“) oder Volksparteien zu vollziehen.

Gut drei Jahre später kann man den Eindruck gewinnen, die Geschichte des Parteiensystems in Ostdeutschland habe – mit der unrühmlichen Ausnahme der PDS als Nachfolgerin der SED – erst im Spätwinter 1990 begonnen. Dies mag politisch opportun sein, für die Chancen der Demokratie und ihre Akzeptanz durch die Bürger in den neuen Bundesländern er-

scheint diese Form des Wegdrängens von Geschichte höchst problematisch.

Schließlich war etwa ein Drittel der Erwachsenen in der ehemaligen DDR in einer Partei und/oder einer der großen Massenorganisationen organisiert, durchaus nicht nur gezwungen, sondern auf Grund vielfältiger, häufig auch schwer nachvollziehbarer, jedenfalls nicht ohne weiteres verurteilbarer Motive. Sie nahmen dort Funktionen wahr und viele versuchten, im Rahmen der engen Möglichkeiten, das Beste aus der Situation zu machen. Es gab aber in den alten Parteien und den Massenorganisationen kein nennenswertes Widerspruchspotential, das mobilisierbar gewesen wäre, als das Herrschaftssystem der DDR zusammenbrach und die SED als Staatspartei am Ende war.

Diese Einschränkung rechtfertigt aber in keiner Weise die retrospektive idyllische Beschreibung der Rolle der Parteien und der Möglichkeiten ihrer Mitglieder, wie sie der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, auf dem ersten gesamtdeutschen CDU-Parteitag am 1. Oktober 1990 vortrug. Die CDU erschien da im Nachhinein als eine Partei, in der „unter der äußeren Schale der Anpassung auch Gemeinschaft von Christen praktiziert und erlebt [wurde], die aus ihrem Glauben heraus zur Verantwortung in der Gesellschaft bereit waren“. Wer die Politik in der DDR nicht nur der SED überlassen wollte, sondern sich vorgenommen habe, „auch andere politische Ansätze ins Spiel zu bringen“, der habe dies nur in der CDU oder in anderen Parteien tun können. Die Mitarbeit dort sei die einzige Alternative zur SED gewesen, wenn man sich aus Resignation nicht ganz aus dem öffentlichen Leben zurückziehen wollte. Dies mag durchaus die individuellen Motive einzelner Mitglieder der ehemaligen Blockparteien wiedergeben, in der politischen Praxis der DDR aber waren sie nicht wiederzufinden. Selten waren aus den Reihen der Blockparteien, wenngleich auch nur äußerst vorsichtige eigenständige Äußerungen zu hören und noch seltener ließen Menschen offen erkennen, daß sie die Herrschaft der SED ablehnten und eine liberale Ordnung erstrebten.

Das Herrschaftssystem konnte sich, bis zum Frühsommer 1989, auf die stillschweigende Duldung der Mehrheit und die aktive Unterstützung einer Minderheit der Bevölkerung stützen. Eine breite Systemopposition existierte bis dahin nicht.

Diese wenigen Anmerkungen mögen genügen, um die These zu erhärten, daß im Institutionengefüge der ehemaligen DDR kein erkennbares demokratisches Potential vorhanden war und ein demokratischer Neubeginn, getragen von den gewendeten Blockparteien, nicht zu bewerkstelligen gewesen wäre – die seitherige

widerspruchsvolle Entwicklung der PDS ist ein Beleg dafür.

Gleichzeitig ist festzuhalten, daß mit der Übernahme der Organisationsstrukturen, der Mitgliedschaft und von Teilen des Personals der „Altparteien“ durch Parteien der alten Bundesrepublik eine Entscheidung getroffen worden ist, die zumindest als zwiespältig anzusehen ist: Die Erfahrung nach 1945 hat gezeigt, daß es wichtig ist, möglichst viele Menschen in die neu entstehenden demokratischen Institutionen zu integrieren. Zugleich aber muß man sich bewußt sein, daß die Parteien in der DDR keine Vertreterinnen der Interessen von Teilen der Gesellschaft waren und ihre Mitglieder und Funktionäre in Organisationen politisch sozialisiert worden sind, die sich als Vollzugshelfer der SED-Politik verstanden und nach Prinzipien funktionierten, die denen demokratischer Parteien diametral entgegengesetzt waren. Die Integration in demokratische Parteien kann aber nur gelingen, wenn mit diesem Erbe bewußt umgegangen wird. Dazu gehört die kritische Aufarbeitung der Rolle und Funktion, die die Parteien im Herrschaftssystem der DDR gespielt haben.

Der Herrschaftsanspruch der SED

In diesem Zusammenhang ist zuerst von der SED zu sprechen. Sie stand, wie die anderen regierenden kommunistischen Parteien, in der Tradition der von Lenin gegründeten bolschewistischen Partei, die sich als eine Organisation begriff, deren Mitglieder, vor allem aber deren leitende Funktionäre („Kader“), stellvertretend (im „objektiven Interesse“) für die Arbeiterklasse handelten, die nach Auffassung des Marxismus-Leninismus ihre eigenen Interessen nicht genügend artikulieren könne und daher der Hilfe einer Avantgardepartei bedürfe. Diese „Partei neuen Typs“ (als die sich die SED seit 1948 bezeichnete), war ursprünglich gedacht als eine Partei der Berufsrevolutionäre, als geschlossene Kaderorganisation. Seit den 50er Jahren aber war die SED zugleich eine Massenpartei mit zuletzt (im Sommer 1989) 2,3 Millionen Mitgliedern.

Der Führungsanspruch der Partei bildete die Grundlage des politischen Systems in der DDR. Das kam u. a. darin zum Ausdruck, daß es in der DDR-Verfassung von 1974 unter der Überschrift „Politische Grundlagen“ in Artikel 1 hieß: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“

Diese Formulierung beschrieb exakt das hierarchische Politikverständnis der SED, das die politische

Meinungs- und Willensbildung im Engeren, aber auch die Gesellschaft als Ganzes prägte. Sie und niemand anders hatte in der DDR die Entscheidungsgewalt.

Die SED begriff sich also als Vortrupp (als „Avantgarde“) nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen „werktätigen Volkes“, als Vollstrecker eines historischen Ziels, des Aufbaus der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ in der Gegenwart und der kommunistischen Gesellschaft in der Zukunft.

Aus dieser „historischen Mission“, nicht aus aktuellen, tagespolitischen Überlegungen, leitete sie ihr Recht ab, die Geschichte der gesamten Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Um diese, alle Bereiche der Gesellschaft umfassende Führungs- und Lenkungsfunktion wahrnehmen zu können, bediente sie sich vereinheitlichender Strukturprinzipien und Entscheidungsmechanismen, die für alle Institutionen und Organisationen in der ehemaligen DDR – mit der einzigen Ausnahme der Kirchen – galten.

Die Struktur des politischen Systems sicherte die Suprematie der Partei und wies ihr bei allen Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz die ausschließliche Entscheidungskompetenz zu. Dieser umfassende Regelungsanspruch führte dann aber dazu, daß auch bei relativ nebensächlichen Fragen eine Tendenz obsiegte, Entscheidungen, wenn irgend möglich, nach oben zu verlagern, um sich selbst keinem Risiko auszusetzen.

Dies Verfahren, das wir aus allen Bürokratien kennen, produzierte aber im zentralistischen politischen System der DDR absurde Ergebnisse: So befaßte sich das Politbüro zu unterschiedlichen Zeiten mit solchen Fragen wie der Stadtplanungskonzeption von Suhl, oder dem Problem, ob in einem großen Hallenser Neubaugebiet ein Kulturhaus gebaut werden solle oder nicht. Angesichts der wachsenden Komplexität gesellschaftlicher und politischer Probleme hätte es nahegelegen, Entscheidungskompetenzen nach unten abzugeben, das politische System zu dezentralisieren. Dazu war die SED aus wohlwogener Überlegungen nicht bereit. Sie hielt an ihrer Machtposition und am Zentralismus fest. Sie erkaufte damit allerdings die zunehmende Handlungsunfähigkeit der zentralen politischen Instanzen.

Funktionsprinzipien der Parteiherrschaft

Diese Erscheinungen sind die logische Konsequenz der von den kommunistischen Parteien praktizierten Formen der Parteiherrschaft. Bereits 1948 (nach dem Bruch der Komintern mit der jugoslawischen Partei

und der damit verbundenen Absage an nationale Sonderwege des Sozialismus) hatte sich die SED auf eine Sozialismusvorstellung festgelegt, die nach dem sowjetischen Vorbild durch den umfassenden politischen Führungswillen der kommunistischen Partei, den Wahrheitsanspruch des Marxismus-Leninismus, die Parteiherrschaft in der Form der „Diktatur des Proletariats“ und die Umwälzung der sozialen Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft gekennzeichnet war.

Trotz vielfältiger und zum Teil tiefgreifender gesellschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Wandlungen in den Jahren nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, hatten die seinerzeit etablierten Entscheidungsstrukturen und Herrschaftsmechanismen eine große Resistenz gegenüber allen Veränderungen bewahrt. Selbst dann noch, als nicht nur die Bevölkerung zu Zehntausenden die DDR verließ, sondern die Partei selbst von innen heraus zerfiel, waren die Wendepolitiker um Egon Krenz nicht in der Lage, ihren Politikstil den radikal veränderten Gegebenheiten anzupassen. Den Verzicht auf den „demokratischen Zentralismus“ als politisch-gesellschaftliches Steuerungsprinzip konnten sich nicht nur die alten Männer um Erich Honecker, sondern auch die mittlere Generation der altgewordenen FDJ-Kader nicht vorstellen.

Mehr als vier Jahrzehnte war es der SED mit Hilfe des demokratischen Zentralismus gelungen, ihren Führungsanspruch durchzusetzen. Er bestimmte sowohl das Verhältnis von Parteiführung und Mitgliedschaft, als auch das von Partei und Gesellschaft. Mit seiner Hilfe sollte, wie es ein Lehrbuch des „Wissenschaftlichen Kommunismus“ formulierte, die „zentrale Führung und Leitung und demokratische Aktivität durch das einheitliche Handeln aller Mitglieder der marxistisch-leninistischen Partei bei der Durchführung der von der Leitung gefaßten Beschlüsse“ gewährleistet werden.

Der demokratische Zentralismus galt darüber hinaus als Strukturprinzip der gesamten Gesellschaft. In der DDR erkannten alle staatlichen Institutionen – auch das Ministerium für Staatssicherheit –, alle Parteien und alle „Massenorganisationen“ den demokratischen Zentralismus als verbindliches Organisationsprinzip an. Die DDR-Verfassung band sogar die Volkssouveränität an dieses Prinzip, wenn sie in Artikel 47,2 formulierte, daß die „Souveränität des werktätigen Volkes“ auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus verwirklicht werde, der das tragende Prinzip des Staatsaufbaus sei.

Die Vorstellung, mit Hilfe des Prinzips des demokratischen Zentralismus und einer straffen Personalpolitik die eigenen politischen und sozialen Ziele auch gegen Widerstand durchzusetzen, also Herrschaft aus-



zutüben, ist so alt wie die kommunistischen Parteien; sie prägte die Politik der SED bis zu ihrem Ende und prägt bis heute das politische Denken vieler PDS-Funktionäre.

Seit den 60er Jahren war der demokratische Zentralismus durch das Prinzip der „sozialistischen Demokratie“ ergänzt worden.

Sozialistische Demokratie bedeutete in der Praxis nicht mehr als Beteiligung der Bürger an der Durchführung und Konkretion der von der SED vorformulierten Politik. Sie war im Kern nichts anderes, als eine

Modifikation von Methoden der Massenmobilisierung, wie sie in den 40er und 50er Jahren praktiziert worden waren.

Eine Beteiligung der Bürger an der Politik war nur im Rahmen der Institutionen und Organisationen vorgesehen, die von der SED sanktioniert waren. Die Aktivitäten der evangelischen Kirchen, die aus diesem Rahmen herausfielen und in den letzten Jahren zunehmend Schutzraum für die eigenständige Partizipation der Bürger am politischen und gesellschaftlichen Leben zur Verfügung stellten, hat die SED selbst und in ihrem

Auftrag das Ministerium für Staatssicherheit stets aufmerksam beobachtet. Von diesem „Fremdkörper“ abgesehen, dessen Handeln man aus übergeordneten staatspolitischen Gesichtspunkten akzeptieren mußte, boten nur die SED selbst und die Parteien des „Demokratischen Blocks“, die CDU, die Liberalen, die Bauernpartei und die Nationaldemokraten, die wichtigsten Massenorganisationen, vor allem der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) und die anderen, in der „Nationalen Front“ zusammengeschlossenen Vereinigungen formale politische Beteiligungsmöglichkeiten.

Das, was in der DDR sozialistische Demokratie genannt wurde, war vor allem als Möglichkeit gedacht, die Bürger in organisierter Form an der Umsetzung der Parteiziele der SED und der Durchführung der von der SED festgelegten staatlichen Aufgaben zu beteiligen. In sehr begrenzter Form boten sie aber auch, vor allem auf lokaler Ebene, die Möglichkeit, eigene Erfahrungen und Interessen in den Entscheidungsprozeß einfließen zu lassen.

Da alle diese erwähnten Parteien und Organisationen den Prinzipien des demokratischen Zentralismus gehorchten und den politischen Führungsanspruch der SED vorbehaltlos anerkannten, ist es gerechtfertigt, sie als das zu kennzeichnen, was sie real waren: Transmissionsinstrumente der SED.

Das „sozialistische Mehrparteiensystem“

Die offizielle DDR hat immer Wert auf die Feststellung gelegt, daß eines der wichtigsten Elemente des politischen Systems die Existenz mehrerer Parteien sei, die freundschaftlich zusammenarbeiteten. Von einem funktionierenden Mehrparteiensystem konnte aber nicht die Rede sein, da die Blockparteien keine eigenständige Politik betrieben.

Die DDR-Bürger waren an ein Parteiensystem gewöhnt, in dem die SED die führende Rolle spielte und in dem die Parteien des „Demokratischen Blocks“, Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU), Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) und National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) zuverlässige Partner, genauer, Gefolgsleute der SED gewesen sind.

In ihren Programmen und Statuten unterstützten diese Parteien bedingungslos die Führungsrolle der SED. Sie haben dies selbst dann noch getan, als die Herrschaft der SED sich im Zustand der Auflösung be-

fand. Während es aber der LDPD und der CDU gelang, im Laufe des November 1989 Ansätze einer eigenständigen Politik zu formulieren, blieben vergleichbare Versuche der beiden 1948 gegründeten Parteien, der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD), merkwürdig unbestimmt. Eingebunden in die Nationale Front und den Demokratischen Block hatten die Parteien in den vierzig Jahren der DDR kein erkennbar eigenes Profil.

1945 auf Initiative der KPD gegründet, war der Demokratische Block ein wirksames Instrument der Bündnispolitik im Sinne der SED. Die in ihm zusammengeschlossenen Parteien und Organisationen mit eigenen Fraktionen in den Volksvertretungen organisierten einen erheblichen Anteil der erwachsenen Bevölkerung. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre gehörten ihm folgende Parteien und Organisationen an:

Mitglieder der Parteien und Massenorganisationen

SED	2,3 Mio
DBD	106.000
CDU	125.000
LDPD	83.000
NDPD	91.000
FDGB	9,5 Mio.
FDJ	2,3 Mio.
DFD	1,4 Mio.
Kulturbund	244.000
VdgB*	560.000

(* Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe)

Die CDU

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) wandte sich am 26. Juni 1945 mit einem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit und wurde bereits im Juli 1945 von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) als Partei zugelassen. Die ersten Jahre ihrer Existenz waren von massiven Konflikten um ihre politische Linie und ihr Verhältnis zur SED gekennzeichnet. Seit Ende der 40er Jahre, nach der Verdrängung ihrer ersten Vorsitzenden Andreas Hermes und später Jakob Kaisers, akzeptierte die CDU uneingeschränkt die bündnispolitischen Vorstellungen der SED. Als eine Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, wie es zum Beispiel die Entschließung des 14. Parteitagess von 1977 formulierte, sah sich die CDU als Partner der SED bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft.

In der Volkskammer der DDR stellte die CDU 52

Abgeordnete. Der Vorsitzende, Gerald Götting, war Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates und stellvertretender Präsident der Volkskammer; im Ministerrat der DDR war die CDU ebenfalls durch einen stellvertretenden Vorsitzenden repräsentiert.

Die CDU bot den DDR-Bürgern eine politische Organisation an, die christlichen Glauben und aktiven Einsatz für den „realen Sozialismus“ miteinander verbinden wollten. Sie konzentrierte sich auf die Pflege enger Beziehungen zu christlichen Friedensorganisationen, die der offiziellen Politik der SED nahestanden, wie der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) und der Berliner Konferenz europäischer Katholiken (BK). Bemerkenswerterweise hat die CDU bei der Verbesserung des Verhältnisses Kirche – Staat keine Rolle gespielt. Von vielen kirchlich engagierten Menschen wurde sie – zu Recht – als staatstreue Organisation wahrgenommen, die das „C“ in ihrem Namen nicht verdiene.

Als das politische System der DDR im Sommer und Herbst 1989 erkennbar in die Krise geriet, tat sich die CDU anfangs mit einem Überdenken tradierter Positionen besonders schwer. Erst am 26. Oktober veröffentlichte die Parteizeitung „Neue Zeit“ einen bereits am 10. September verfaßten „Brief aus Weimar“ an die Mitglieder und Vorstände der CDU der DDR, in dem angesichts der Ausreisewelle gefordert worden war, „allen Tendenzen zu wehren, gesellschaftliche Probleme zu beschönigen oder zu verdrängen und zu tabuisieren, um Untätigkeit zu rechtfertigen“. Die Verfasser, unter ihnen der spätere Generalsekretär der CDU in der DDR, Martin Kirchner, forderten innerparteiliche Demokratie, eine Profilierung des Beitrages der CDU im Demokratischen Block und ein „entschlossenes Herangehen an gesamtgesellschaftliche Probleme“, vor allem eine Förderung öffentlicher Meinungsbildung. Sie übten Kritik an der Medienpolitik, die „auf Verdrängen, Verschweigen und Beschönigen setzt“. Die weitestreichende Forderung zielte auf eine Veränderung des Wahlverfahrens.

Am 28. Oktober 1989 hatte die „Neue Zeit“ eine Erklärung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU veröffentlicht, in der eine Erneuerung von Staat und Gesellschaft und ein „grundlegend verändertes öffentliches Bewußtsein“ gefordert wurden, „in dem moralisch-ethische Werte obenan stehen, das sich durch lebendige Demokratie, strikte Rechtsstaatlichkeit und realistische Medien politisch auszeichnet“. Zugleich aber wurde die CDU als „Partei des Sozialismus“, des Friedens und des „Humanismus und geistiger Weite“ charakterisiert, die als eigenständige Partei im Block wirke und im Bündnis mit den anderen Parteien „eine unerläßliche Voraussetzung“ für die Ver-

wirklichung gemeinsamer Ziele sehe.

Nur wenige Monate später präsentierte sich die CDU den Wählern als „Volkspartei der Mitte“, die konservativ und bewahrend, im Blick auf ethische Grundwerte ihre Politik gestalte.

Unter der Führung des späteren Ministerpräsidenten, Lothar de Maizière, hatte sich die CDU seit Beginn des Jahres 1990 in einem schnellen programmatischen Erneuerungsprozeß befunden, der, nach anfänglichem Zögern, von der CDU der Bundesrepublik unterstützt wurde. Im Selbstverständnis war die erneuerte CDU der DDR anfangs aber durchaus keine Kopie ihrer westlichen Schwester. Vielmehr betonte sie in ihren programmatischen Aussagen vor allem die Bedeutung christlicher Werte für die Politik und ihr soziales Engagement.

Die Zurückhaltung der West-CDU gegenüber der ehemaligen Blockpartei in der DDR wurde fallengelassen, als die Ergebnisse der Volkskammerwahlen zeigten, daß der Ost-CDU von den Wählern ihre Vergangenheit „vergeben“ worden war. Die Entscheidung, die CDU in der DDR nunmehr voll zu unterstützen, war durch eine Vielzahl von Überlegungen bestimmt: Die Ost-CDU verfügte über eine noch immer beträchtliche Mitgliederzahl, großes Vermögen und vor allem eine ausgebaute Parteiorganisation, die für die kommenden Wahlkämpfe von Bedeutung war. Zusätzliches Gewinn zog die CDU daraus, daß sie im Sommer 1990 die Reste der Demokratischen Bauernpartei übernahm, so daß sie etwa 200.000 Mitglieder in die gesamtdeutsche CDU einbringen konnte.

Hinzu kam, daß die Wahlergebnisse der beiden anderen Allianz-Partner ernüchternd waren. Der CSU-Ableger Deutsche Soziale Union (DSU) hatte bei weitem nicht sein Ziel erreicht, zur dominierenden konservativen Kraft im Süden der DDR zu werden, und der Demokratische Aufbruch (DA) war zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Mit dem Ende der Allianz für Deutschland war allerdings ein Streit im christlich-demokratischen Lager vorprogrammiert, der den ganzen Sommer hindurch anhielt und, nach den Bundestagswahlen vom 2. Dezember 1990, mit einem deutlichen Gesichtverlust der CSU im gesamtdeutschen Parteienspektrum endete. Die Erfolge der CDU in der DDR bedeuteten aber nicht, daß die Ost-CDU nach der Vereinigung mit der West-CDU am 1. Oktober 1990 einen nennenswerten Einfluß auf die Geschicke der Gesamtpartei ausüben konnte – trotz ihrer etwa 200.000 Mitglieder gegenüber 680.000 Mitgliedern in den westlichen Bundesländern.

Ohne Probleme konnte die Übernahme der Ost-CDU nicht erfolgen. Vor allem stellte sich der Parteiführung das Problem zu rechtfertigen, warum es in der

DDR verwerflich gewesen sei, der SED anzugehören, nicht jedoch die Mitgliedschaft und ein Funktionärsdasein in der CDU. In der Rede von Lothar de Maizière auf dem ersten gesamtdeutschen Parteitag der CDU am 1. Oktober 1990 wurden auf eigenwillige Weise einige der Probleme angesprochen, die mit der Vereinigung der CDU und mit dem Erbe der Blockpartei verbunden waren. Die CDU der DDR sei in eine korrupte SED-hörige Führung und in eine an der Basis arbeitende, aber wenig wirksame Partei gespalten gewesen. Und schließlich habe in dieser Zeit die Mitarbeit in der CDU immer unter der Gefahr gestanden, Repressionen, Verdächtigungen oder gar der Verfolgung ausgesetzt zu sein.

„Sicher kann niemand ausschließen, daß sich manche der CDU aus opportunistischer Erwägung angeschlossen haben. Andere wurden Mitglied, weil sie anders dem Druck der SED nicht standhalten konnten. Sie haben sich alle unter dem Dach des ‘C’ zusammengefunden, das eine Nische der sozialistischen Gesellschaft bot. Viele Mitglieder haben diese Situation auch als Gewissensnot erlebt und erlitten.“

Dieses idyllische Bild der Blockpartei CDU, dessen Bezug zur Wirklichkeit in der DDR nur mit Mühe auszumachen ist, war verbunden mit groben Angriffen auf den politischen Gegner, die SPD, der de Maizière vorwarf, sie habe bei der Gründung der SED 1946 „den Hauptteil des Parteivolks gestellt. Sie war der größte Block innerhalb der SED“ – so als habe sich die SPD in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1946 freiwillig in die Arme der Einheitspartei begeben und in den Jahrzehnten danach eine Möglichkeit gehabt, sich als „Block“ innerhalb der SED zu behaupten.

Diese zumindest eigenwillige Interpretation der eigenen Geschichte der CDU verhinderte denn auch jeden ernsthaften Versuch, die Chance zu ergreifen, die eine politische Konstellation wie die nach dem Zusammenbruch der DDR bot: eine Neubestimmung konservativer Politik vorzunehmen, die die Erfahrungen mit der Diktatur in der DDR wirklich verarbeitet.

Die Liberalen

Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) war ebenfalls eine der originären Parteigründungen des Jahres 1945. In ihrem Gründungsauftrag vom 5. Juli 1945 bekannte sie sich zur liberalen Weltanschauung, demokratischen Staatsgesinnung, zu Freiheitsrechten, Privateigentum, freier Wirtschaft und Berufsbeamtentum. Unter der Verantwortung ihres ersten Vorsitzenden, Wilhelm Külz (er starb 1948), konnte sie noch eine relativ unabhängige Rolle in der SBZ spielen. Ende der 40er Jahre, nach der Ver-

haftung oder Flucht vieler ihrer führenden Mitglieder, band sie sich schrittweise an die bündnispolitische Konzeption der SED. Sie war seit den 60er Jahren eine Partei, die sich vor allem an Handwerker und kleine Gewerbetreibende, an Angestellte und Angehörige der „Intelligenz“ wandte. Wie alle anderen Parteien erkannte sie die führende Rolle der SED und das Prinzip des demokratischen Zentralismus als innerparteiliches Organisations- und gesamtgesellschaftliches Strukturprinzip an.

Auch die LDPD war in der Volkskammer mit 52 Abgeordneten vertreten. Der Vorsitzende der LDPD, Manfred Gerlach, war stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates; die Partei war im Präsidium des Ministerrates und der Volkskammer vertreten.

Im tradierten Parteienspektrum der DDR hatten die Liberalen im Jahre 1989 als erste erkennen lassen, daß sie für politische Veränderungen eintreten würden. Ihr Vorsitzender, Manfred Gerlach, hatte bereits im Spätsommer 1989 als einziger Spitzenpolitiker der DDR die Politik von Glasnost und Perestrojka öffentlich unterstützt und ein Eingehen auf die Sorgen der Bürger gefordert. Das gab ihm in der ersten Phase des Übergangs einigen Kredit. Diese vorsichtigen Versuche, die Bunkermentalität der SED-Gerontokratie von außen aufzubrechen, bedeutete jedoch keinen Abschied von tradierten Politikvorstellungen.

Im Oktober 1989 hatte die LDPD allerdings noch keinen Zweifel an der Führungsrolle der SED gelassen. Bei aller Entwicklung und Veränderung, bei allem Nachdenken halte sie an bestimmten Axiomen fest. Die LDPD sei unwiderruflich eine im und für den Sozialismus wirkende demokratische Partei. Ihre Mitglieder wollten diese Gesellschaft, diesen Staat. Die LDPD stehe zum Bündnis der Parteien in der DDR ebenso unwandelbar wie zum Sozialismus. „Wir Liberaldemokraten anerkennen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei. Wir wissen (und internationale Erfahrungen der letzten Zeit bestätigen es), daß von dieser Führung, von ihrer Qualität sehr viel für das Schicksal eines Landes, für den Sozialismus überhaupt abhängt.“

Bei den Liberalen läßt sich eine ähnliche Entwicklung wie bei der CDU konstatieren. Die LDPD hatte sich zu Beginn des Jahres 1990 in Liberal-Demokratische Partei (LDP) umbenannt. (Ihr alter Name LDPD hatte – ebenso wie der von SED, DBD und NDPD – noch den Zusatz „Deutschland“ enthalten, obwohl die Honecker-Führung in den 70er Jahren nahezu alle Hinweise auf einen gesamtdeutschen Anspruch aus dem öffentlichen Leben verbannt hatte.)

Im März 1990 präsentierten sich die DDR-Liberalen als Partei mit „liberaler Geisteshaltung und Welt-

sicht“, für die die Freiheit der Persönlichkeit im Mittelpunkt aller politischen Bestrebungen stehe. Die LDP sprach sich für die schnellstmögliche Einheit Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung, für Rechtsstaatlichkeit und für eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Ordnung aus.

Auch für die Liberalen war das Ergebnis der Volkskammerwahlen, bei denen sie nur 5,3 Prozent der Wählerstimmen erringen konnten, Grund für neue Überlegungen.

Nach längeren inneren Querelen fusionierte die LDP Ende März 1990 mit der NDPD und nannte sich „Bund Freier Demokraten – Die Liberalen“. In der Volkskammer ging sie mit der DDR-FDP eine Fraktionsgemeinschaft ein.

Eine Vereinigung der drei liberalen Parteien in der DDR kam vor dem Zusammenschluß mit der West-FDP am 11./12. August 1990 auf einem Parteitag in Hannover nicht zustande. Der Bund Freier Demokraten mit seinen etwa 135.000 Mitgliedern hätte die kleine FDP der DDR mit nur 2.000 Mitgliedern und die Forumpartei (die Zahlen schwanken von etwa 500 bis zu 3.000 Mitgliedern) dominiert. Der Mitgliederzuwachs war aber auch für die West-FDP nicht ohne Probleme, die selbst nur etwa 67.000 Mitglieder zählt.

Die Bauernpartei und die Nationaldemokraten

Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) wurde am 29. April 1948, wie es in der DDR hieß, „auf Initiative werktätiger Bauern“ gegründet. Da bei ihrer Gründung ehemalige KPD- bzw. SED-Funktionäre eine maßgebliche Rolle spielten, wunderte es nicht, daß sie von Anfang an vorbehaltlos die führende Rolle der SED anerkannte.

Die DBD sah ihre Aufgaben darin, die Bauern für den Aufbau des Sozialismus zu gewinnen. Sie war in den 50er und 60er Jahren aktiv an den Kollektivierungskampagnen in der Landwirtschaft beteiligt. Ihr wichtigstes Ziel war, die Interessen der Genossenschaftsbauern zu vertreten und sich der Probleme des ländlichen Raumes anzunehmen.

Die DBD entsandte 52 Mitglieder in die Volkskammer. Der Vorsitzende der DBD, Ernst Mecklenburg, war einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates. Die DBD war ferner im Präsidium des Ministerrates und der Volkskammer vertreten.

Die Gründung der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) im April 1948, unter maßgeblichem Einfluß der SED, diente vor allem dem Ziel, ehemalige NSDAP-Mitglieder und Offiziere, vor

allem aus dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD), in die neue politische und soziale Ordnung einzugliedern. Dabei ging es auch darum, der CDU und der LDPD, die sich damals noch nicht völlig dem Führungsanspruch der SED untergeordnet hatten, potentielle Parteimitglieder zu entziehen.

Die NDPD war in der Volkskammer mit 52 Abgeordneten vertreten; ihr Vorsitzender, Heinrich Homann, war ebenfalls stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates. Darüber hinaus war die NDPD im Präsidium des Ministerrates und der Volkskammer vertreten.

Während sich die ehemaligen Blockparteien CDU und LDPD bei ihrer Erneuerung 1990 an „klassischen“ Vorstellungen christlicher und liberaler Politik orientieren konnten, hatten die DBD und die NDPD erhebliche Orientierungsschwierigkeiten, die letztlich zu ihrem Ende als eigenständige Parteien führten. Sie konnten nicht erklären, welchen eigenständigen Platz sie in einem demokratischen Parteiensystem einnehmen könnten. Sie hatten nie ein eigenständiges Profil entwickelt, verfügten aber über erhebliche Vermögenswerte, die sie 1990 in den Fusionsprozeß mit der CDU bzw. den Liberalen einbringen konnten.

Ende März beschloß der Parteivorstand der NDPD, sich mit seinen etwa 80.000 Mitgliedern den Liberalen anzuschließen. Ende Juni empfahl der Parteivorstand der DBD seinen Mitgliedern, sich mit der CDU zusammenzuschließen.

Kritischer Rückblick

Das Parteiensystem der ehemaligen DDR war ein konstitutives Element des Herrschaftssystems, das die SED unter sowjetischer Anleitung und Kontrolle nach 1945 in der SBZ/DDR errichtet hatte.

Nach der unter Zwang erfolgten Vereinigung von SPD und KPD zur SED 1946 und der Ausschaltung eigenständiger politischer Strömungen in der CDU und LDPD konnte sich die SED spätestens seit 1948 auf allzeit folgewillige Bündnispartner stützen. Die Bauernpartei und die Nationaldemokraten waren von Beginn an Kunstgründungen der SED, in deren Führungspositionen gehorsame Gefolgsleute saßen. Außer bei einer einzigen Abstimmung in der Volkskammer, als einige CDU-Abgeordnete ein neues Abtreibungsgesetz ablehnten, haben alle Parteien sich bis zum Ende des Jahres 1989 dem Führungsanspruch der SED unterworfen.

Ein Beispiel soll abschließend das Verhältnis von SED und Blockparteien illustrieren: Anfang des Jahres 1976 wurde ein neues Parteiprogramm der SED formuliert, das auf dem IX. Parteitag verabschiedet wurde.



Die Blockparteien bereiteten dazu eigene Stellungnahmen vor, deren Entwürfe sie vor der Veröffentlichung der Abteilung „befreundete Parteien“ beim Zentralkomitee (ZK) der SED zuleiteten. Am 26. Februar 1976 schickte diese Abteilung Auszüge der geplanten Stellungnahme der LDPD, die sich mit der Bildungs- und Wissenschaftspolitik befaßten zur Stellungnahme an die Abteilung Wissenschaft des ZK, mit der Bitte, den „Inhalt zu überprüfen und Vorschläge zu unterbreiten für eventuelle Veränderungen“. Der zuständige Mitarbeiter in der ZK-Abteilung für Wissenschaft versah bestimmte Sätze mit Bemerkungen („streichen“, „weglassen“). In der veröffentlichten, natürlich enthu-

siasmatisch positiven Stellungnahme der LDPD zum neuen Parteiprogramm der SED fehlten dann auch die beanstandeten Bemerkungen.

Aus der Zeit zwischen 1948, als die SED die Gleichschaltung der Parteien erfolgreich abgeschlossen hatte und dem Spätherbst 1989 sind keine eigenständigen, kritischen oder gar ablehnenden Äußerungen der Blockparteien zur Politik der SED bekannt geworden. Sie waren und blieben Instrumente der Herrschaft der SED bis kurz vor dem unruhigen Ende der Partei, die ihre Macht der Politik der Sowjetunion und der der KPdSU verdankte und sie verlor, als sie deren Unterstützung verlustig ging.